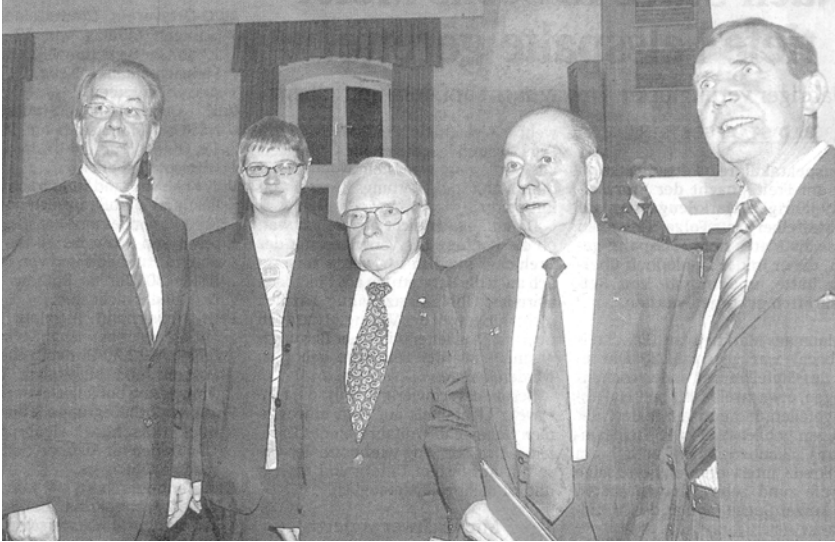




DER ROTE FADEN

Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB



Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 120-jährigen Bestehen der SPD Bayreuth zeichneten Franz Müntefering – damals noch Parteichef -, MdB Anette Kramme und MdL Dr. Christoph Rabenstein zwei besonders treue Mitglieder aus: Günther Bodenschatz für 50-jährige Mitgliedschaft und Helmut Sammet für 60 Jahre Treue zur SPD (von links).

Foto: BR / kt (BRS 10.10.05)

IMPRESSUM

Herausgeber:
MdB Anette Kramme,
Unterbezirksvorsitzende
Bahnhofstr. 1
95444 Bayreuth
Telefon: 0921 / 870 1111
Fax: 0921 / 870 1254
E-Mail: anette.kramme@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
30. Januar 2006

Bezug: Abonnement kostenlos
(per E-Mail oder per Post)

Bestellung
unter Tel.: 0921 / 870 1111
oder
anette.kramme@wk.bundestag.de

Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über ihre Aktivitäten, z.B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----------|
| Grußwort von MdB Anette Kramme | Seite 2 |
| SPD VOR ORT – SPD VOR ORT – SPD VOR ORT | Seite 2 |
| Kurznachrichten | Seite 2 |
| Blick nach Forchheim und Bamberg | Seite 2 |
| 120 Jahre SPD Bayreuth | Seite 5 |
| Oberfrankentreffen der AG 60plus in Bayreuth | Seite 8 |
| Kurz vorgestellt: Karl Lothes, OV-Vorsitzender Pegnitz | Seite 9 |
| Wahlergebnisse Bundestagswahl 2005 | Seite 10 |
| Eckpunkte des Koalitionsvertrages | Seite 12 |
| MdB Anette Kramme zum Thema | Seite 14 |
| ... Hartz IV / Kommunalfinanzen | Seite 14 |
| ... EU-Förderung für Grenzregionen | Seite 15 |
| ... Studiengebühren | Seite 16 |
| ... Antidiskriminierungsgesetz | Seite 16 |
| ... B 303 | Seite 17 |
| Vermischtes | Seite 18 |
| MdB Anette Kramme besucht ... | Seite 21 |
| ... Stadt Pottenstein | Seite 21 |
| ... Heilpädagogisches Zentrum im Bayreuth | Seite 22 |
| ... Firma Piasten in Forchheim | Seite 22 |
| ... Seniorenbüro in Forchheim | Seite 23 |
| ... SPD Ortsverein Thurnau | Seite 24 |
| ... AGUS-Jubiläumsfeier und Gedenkgottesdienst | Seite 25 |
| ... Herbstessen des SPD-Ortsvereins Gefrees | Seite 26 |

Grußwort von MdB Anette Kramme

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist geschafft! Mit Gerhard Schröder an der Spitze haben wir erreicht, was kaum jemand für möglich gehalten hat: Nur ein Prozent Abstand zur CDU / CSU! Wir sind laut Umfragen bei 24 Prozent gestartet und haben dann noch 10 Prozent aufgeholt – die Union dagegen hat fast 15 Prozent verloren.

Dieses Ergebnis ist vor allem auch das Produkt Eurer Arbeit. Daher möchte ich die einleitenden Sätze der November-Ausgabe des „Roten Fadens“ nutzen, um mich bei Euch allen nochmals ganz herzlich zu bedanken. Ohne Euch, die Ihr die Wahlwerbung verteilt, Plakate geklebt, Wahlveranstaltungen besucht, bei Infoständen Bürger überzeugt und noch vieles andere geleistet und organisiert habt, wäre das gute Wahlergebnis nie möglich gewesen! Jede und jeder von Euch hat wesentlich dazu beigetragen, dass ich für eine weitere Wahlperiode den Wahlkreis Bayreuth / Forchheim in Berlin vertreten darf. Dafür noch einmal ein großes Dankeschön!

Inzwischen ist der politische Alltag wieder eingeleitet. Die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen und der Vertrag von den Parteitagen beschlossen. In der Tat ist nicht in allen Punkten des Vertrages die Handschrift der SPD auf den ersten Blick zu erkennen. Anders kann es in einer großen Koalition aber auch nicht sein. Wir Politiker sind an die Entscheidung der Wähler gebunden: Für Rot-Grün hat es nach dem 18. September ebenso wenig gereicht wie für Schwarz-Gelb. Wir sind daher zu Kompromissen gezwungen. Doch nicht nur in der SPD, auch in der CDU/CSU hört man Stimmen, die die Linien der eigenen Partei zu undeutlich im Koalitionsvertrag sehen. Das zeigt doch deutlich, dass der Vertrag gar nicht so schlecht ist: Beide Partner stehen sich auf Augenhöhe gegenüber und können daher nicht alles, was sie wollen, ohne weiteres durchsetzen. Wichtig ist einzig und allein, dass wir jetzt zusammen gute Politik für unser Land und unser aller Zukunft machen.

In der SPD hat sich seit der Wahl ja einiges verändert. Franz Müntefering, der uns ja noch vor kurzem in Bayreuth als Ehrengast beim Jubiläum des Stadtverbands besuchte, hat den Parteivorsitz an Matthias Platzeck übergeben. Nicht alles lief dabei so, wie es zu wünschen gewesen wäre. Doch die schnelle Behebung der Führungskrise zeigt auch das Verantwortungsbewusstsein unserer Partei. Wenn das Land uns braucht, dann ist auf uns Verlass. Wir danken Franz Müntefering für seinen Dienst an der Spitze unserer SPD in schwierigen Zeiten. Er war ein wirklich guter Vorsitzender! Gleichzeitig ist unser Blick aber auch auf die Zukunft gerichtet. Daher wünschen wir Matthias Platzeck alles Gute und ein glückliches Händchen bei der Führung der Partei!

Ich hoffe, Ihr findet jetzt an den kalten Herbst- und Winterabenden etwas Zeit, im „Roten Faden“ zu schmökern. Bei der Lektüre wünsche ich Euch viel Spaß und verbleibe mit den besten Wünschen

Eure Anette

SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor**KURZNACHRICHTEN**

**Stadtverband Bayreuth:
Büchergeld sozial ungerecht**

In seiner jüngsten Sitzung beschloss der Stadtverband einstimmig eine Resolution, in der er die sofortige Abschaffung des unsozialen, verwaltungsaufwändigen und überflüssigen Büchergeldes fordert. Insbesondere sozial schlechter gestellte Eltern und viele Alleinerziehende, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, werden letztlich doch massiv belastet, auch wenn vorgesehen sei, sozial schwache Familien von den Kosten zu befreien, so der Stadtverband: Kopiergeld, Materialgeld, Geld für Schulausflüge und Projekte, Geld fürs Federmäppchen bis hin zur Sportbekleidung und dergleichen mehr. Sozial schwächere Schulsprengel stünden durch die höhere Anzahl von Büchergeldbefreiungen nunmehr finanziell schlechter da als Schulen in gut situierten Umgebungen. Ferner sei der mit dem Büchergeld verbundene Verwaltungsaufwand immens: Nicht nur, dass das Einsammeln einen Verlust an wertvoller Unterrichtszeit bedeute, auch für die Stadt Bayreuth, die die Befreiungsanträge bearbeiten müsse, sei der Zeitaufwand beträchtlich.

**OV Pottenstein:
Berliner Urgestein geehrt**

Im Auftrag des SPD-Ortsvereins Schöneberg-Tempelhof ehrte der Pottensteiner SPD-Vorsitzende Hans Gmelch den 84-jährigen Werner Buys aus dem Berliner Stadtteil Schöneberg für 60-jährige Mitgliedschaft. In die SPD eingetreten ist der pensionierte Sozialamtsrat am 3. September 1945 im Bezirk Tempelhof. Seit den 50er Jahren macht Buys nun schon Urlaub in der Fränkischen Schweiz. In Berlin ist Buys eines der ältesten SPD-Mitglieder, in der er heute immer noch in der Arbeitsgemeinschaft „60plus“ mitarbeitet.

(Fränkischer Tag, 07.09.2005)

**OV St. Georgen – Hussengut:
Besuch in Moschee**

mit OB-Kandidat Ulrich Pfeifer
Anlässlich des Tages der offenen Moschee besuchte der SPD Ortsverein St. Georgen-Hussengut zusammen mit Stadtdirektor und OB-Kandidat Ulrich Pfeifer die türkisch-islamische Gemeinde in St. Georgen. Einer Führung durch die Gebetsräume mit Erläuterung des religiösen Brauchtums schlossen sich Gespräche in freundschaftlicher Atmosphäre an. Zu den Gastgebern gehörten Halil Tasdelen, Vorsitzender der türkischen Gemeinde St. Georgen, und Nurettin Yildirim, Vorbeter der Gemeinde. Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Cornelius Sturm, sprach sich dafür aus, die Integration der Türkei in die Europäische Union voranzutreiben. Seit Jahren gebe es intensive wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland, zudem sei die Türkei ein verlässlicher Partner in der Nato.

(NK 05.10.2005, S. 9)

Stadtverband Bayreuth:

Ein halbes Jahrhundert treu

Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 120-jährigen Bestehens der Bayreuther SPD zeichneten der (damalige) Partei- und Fraktionschef Franz Müntefering sowie MdL Dr. Christoph Rabenstein zwei besonders treue Genossen aus: Günter Bodenschatz für 50-jährige Mitgliedschaft und Helmut Sammet für 60 Jahre bei der Partei.

(BRS 11.10.2005, S. 19)

Bayreuth Stadtrat:

Karin Heimler ausgezeichnet

Karin Heimler wurde für ihre 33-jährige Zugehörigkeit zum Bayreuther Stadtrat mit der kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Karin Heimler wurde 1972 in den Stadtrat gewählt. Über 20 Jahre wirkte sie im Bauausschuss, seit 1996 im Umweltausschuss. Sie engagierte sich zudem im Jugendwohlfahrtsausschuss, im Behindertenbeirat, im Sozialausschuss sowie in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes.

Karin Heimlers Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung wurden bereits 1990 mit der kommunalen Dankurkunde und 1997 mit der kommunalen Verdienstmedaille in Bronze gewürdigt.

OV Pegnitz:

Delegation in München

Eine Delegation der Pegnitzer SPD nahm auf Einladung von MdL Dr. Christoph Rabenstein an einer Fahrt zum Maximilianeum nach München teil. Die insgesamt über einhundert Teilnehmer informierten sich aus erster Hand über die Arbeit im Landtag, insbesondere über die vielfältigen Aufgaben in den Ausschüssen Kultur und Petition, denen Dr. Christoph Rabenstein angehört. In der sich anschließenden Fragestunde kam auch das in Pegnitz heiß diskutierte Thema Büchergeld zur Sprache. MdL Rabenstein vertrat die Auffassung, dass es sich dabei zusammen mit den Studiengebühren um eine äußerst familienfeindliche und überbürokratische Neuerungen der CSU-Landtagsmehrheit handelt.

Stadtrat Karl Lothes und SPD-Vorstandsmitglied Roland Berner, der als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) mitreiste, präsentierten mehreren Mitgliedern der SPD-Fraktion ein Konzept für einen neuen Fernradweg zum Thema „Bayerische Eisenstraße“. Ein entsprechender Antrag soll an das zuständige Ministerium weitergeleitet werden.

OB-Kandidat Ulrich Pfeifer:

Wirtschaftsfreundliches Klima erhalten

Zu einer Abendveranstaltung zum Thema „Wirtschaft, Arbeitsplätze und Universität“ hatten der SPD-Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl Ulrich Pfeifer und MdL Dr. Christoph Rabenstein geladen. Einleitend erläuterte Pfeifer, dass die Schaffung und Bewahrung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas die Grundlagen für neue Arbeitsplätze seien. Durch Bestandspflege und -entwicklung in allen Bereichen wolle er dies anstreben. Im Falle seiner Wahl werde Pfeifer eine Bürger- bzw. Neubürgeragentur einrichten. Diese solle vor allem für die Werbung neuer Bürger, Neubürgerbegrüßung und Bürgerbindung verantwortlich sein. Er kündigte ferner an, sich für die Einrichtung eines Existenzgründerparks auf dem Gelände der Bayreuther Markgrafenkaserne einzusetzen. Hier soll für junge Familien die Möglichkeit entstehen, im eigenen Haus einen kleinen Betrieb oder Büroräume anzugliedern. Auf dem 300.000 Quadratmeter großen Areal würde sich aufgrund der Autobahnbindung eine gewerbliche Nutzung mit überregionalem Charakter eignen. Eine Konkurrenz zur Innenstadt bestehe nicht, so Pfeifer.

Pfeifer möchte sich im Falle seiner Wahl ferner dafür einsetzen, dass eine institutionalisierte Kooperation von Universität, Kompetenzzentrum „Neue Materialien“ und Stadt Bayreuth in Form einer festen Arbeitsgemeinschaft entsteht. Im Bereich Medizin, Gesundheit und Wellness denkt er konkret an eine Wohnnutzung im Umfeld der Lohengrin Therme mit medizinischer Betreuung bis hin zum ambulanten Pflegeservice und betreutem Wohnen. Zudem sprach Pfeifer die schlechte Vernetzung Bayreuths im Schienenverkehr an. Er gab an, sich für eine Fahrplanverbesserung einzusetzen. Dabei denkt er vor allem an einen morgendlichen Non-Stop-Zug von Bayreuth nach Nürnberg.

(Bayreuther Anzeiger 26.10.2005, S. 3)

Jusos Bayreuth:

Bildungspolitik muss sich ändern

„In keinem anderen Bundesland hängt Bildung so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Bayern. Worauf Jusos und SPD seit Jahren beharrlich hinweisen, wird durch den zweiten PISA-Ländervergleich aufs Neue bestätigt“, so Margit Ranz, Mitglied des SPD-Landesvorstandes aus Bayreuth, und der Juso-Unterbezirksvorsitzende und stellvertretende Juso-Landesvorsitzende André Pöhler über harsche Kritik am bayerischen Bildungssystem. In Bayern hätten Kinder aus der Oberschicht eine fast sieben Mal größere Chance, das Gymnasium erfolgreich zu absolvieren, als Schüler aus einem Facharbeiterhaushalt. Und die CSU unternehme nichts gegen die Chancengleichheit im bayerischen Bildungssystem. Im Gegenteil: Mit Büchergeld und Studiengebühren würde die Lage noch verschlimmert, höhere Bildung sei nur noch einer kleineren Schicht zugänglich.

(NK 03.11.2005, S. 13)

Jusos Bayreuth:

Servicegesellschaft beim Klinikum falscher Weg

Die Entscheidung, am Klinikum Bayreuth Teile des Personals in eine so genannte Servicegesellschaft auszugliedern, sei ein sozialpolitischer Skandal, so André Pöhler, Vorsitzender der Bayreuther Jungsozialisten. Diese Servicegesellschaft bedeute für die dort Beschäftigten finanziellen Abstand gegenüber den Mitarbeitern der Klinikum GmbH. Eine erfahrende Krankenschwester, die verheiratet ist und ein Kind hat, verdiene dann statt brutto 2483 Euro nur noch brutto 1392 Euro im Monat, erklärte Esch. Damit bekomme sie weniger als eine Hartz-IV-Empfängerin mit Kind, so der stellvertretende Landesvorsitzende der Sozialdemokraten und Betriebsrat am Klinikum weiter. Bisher habe das Klinikum schwarze Zahlen geschrieben. Erst seit der Fusion und Umwandlung in eine GmbH häuften sich die Probleme. So seien von den Krankenkassen die Aufenthalte von über 400 Patienten nicht bezahlt worden, weil die Verschlüsselung nach dem Fallpauschalensystem nicht richtig gewesen sei. Damit drängten sich Zweifel an der Qualifikation der Geschäftsführung auf. Es fehle zudem ein zusätzlicher medizinischer Geschäftsführer.

(NK 15./16.10.2005, S. 17)

Blick nach Forchheim und Bamberg

OV Hetzles:

Umweltschau wieder ein Erfolg

Unter dem Motto „Modernste Heiztechnik-Energie und Geld sparen, um die Umwelt zu entlasten“ lud die SPD in Hetzles erneut zur Umweltschau ein. Zahlreiche Interessierte kamen und ließen sich von Fachleuten Alternativen zu den herkömmlichen Heiztechniken aufzeigen. Ob Wärmeversorgung durch Holzpellets, Solarthermen oder Öl- und Gasbrennwert-Technik, die Experten hielten Fachvorträge und veranschaulichten an ihren Infoständen und in einem Ausstellungsmobil die vielen Möglichkeiten, die Umwelt zu entlasten. Zudem war es Gerhard Pospischil, SPD-Kreisvorsitzender und Initiator der „Energieoffensive Forchheim“, war es auch gelungen, einen Ausrüster für erdgas-, raps-, öl- und elektrotriebene Fahrzeuge für die Umweltschau zu gewinnen.

(FT 05.10.2005, S. 14)

OV Igensdorf:

25. Jubiläum

Vor 25 Jahren, 1980 also, gründete sich der SPD-Ortsverein Igensdorf. Bei der Gründungsversammlung in Mittelrüsselbach gaben sich die damals acht Mitglieder mit Manfred Finkes als 1. Vorsitzenden, Reinhard Schmude als stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden, Herbert Schlittenbauer (Schriftführer) und Ursula Schmidt (Kassiererin) ihre erste Führungsmannschaft. Bereits bei der Gemeinderatswahl 1984 konnten die Igensdorfer Sozialdemokraten mit einem Stimmenanteil von 18,84 % drei der insgesamt 16 Sitze erobern. Der Ortsverein hat es bislang immer verstanden, sich den lokalen Sorgen und Nöten anzunehmen. Heute nehmen die Sozialdemokraten vier Sitze im Marktgemeinderat ein, Manfred Finkes hat den Posten des Dritten Bürgermeisters inne. Als Ehrengäste gratulierten dem Ortsverein der SPD-Unterbezirksvorsitzende Dr. Daniel Höltgen, die Kreisvorsitzende Dr. Angelika Limmer, Gerhard Pospischil von der Energieoffensive Forchheim sowie der Igensdorfer Bürgermeister Erwin Zeiß.

(FT 03.11.2005)

OV Ebermannstadt:

Wahlergebnisse erfreulich

Zufrieden mit dem Bundeswahlkampf seines Ortsvereins zeigte sich OV-Vorsitzender Georg Held bei der Mitgliederversammlung Ende Oktober. Ausdrücklich sprach er seinen Dank all denen aus, die bei der Plakatierung, den beiden Infoständen und der Herausgabe der neuen „Wiesent-Post“ geholfen hatten. Positiv hervorheben konnte Held das Ebermannstädter Wahlergebnis: Während die CSU im Stadtgebiet einen Verlust in Höhe von 13 Prozent verzeichnen musste, gewann die SPD im Vergleich zu letzten Bundestagswahl 1,3 % hinzu.

Stadtrat Jürgen Pöhlmann berichtete in der Versammlung über die Fertigstellung der Mehrzweckhalle. Die Halle wird von Montag bis Freitag für Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen, an den Wochenenden werden sowohl Sport- als auch Kulturveranstaltungen stattfinden. Manfred Franze verwies darauf, dass die Idee einer Mehrzweckhalle maßgeblich von der SPD initiiert und mitgetragen worden sei.

(NN Forchheim 03.11.2005, S.5 / B1)

NK vom 08./09.10.2005, S. 1

Kein Wort zur Kanzlerfrage**Müntefering in Bayreuth: Bereit für Verantwortung-
Stoiber will Wirtschaftsressort**

Bayreuth/Berlin. Bei einem zweiten Spitzentreffen am Sonntagabend soll die zwischen Union und SPD umstrittene Kanzlerfrage entschieden werden. SPD-Chef Müntefering sagte bei einem Auftritt gestern Abend in Bayreuth kein Wort über den Verlauf des ersten vierstündigen Spitzengesprächs am Donnerstag. Journalistenfragen ließ der SPD-Vorsitzende unbeantwortet, die Teilnehmer der Vierer-Runde – neben Müntefering Kanzler Gerhard Schröder, CDU-Chefin Angela Merkel und CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber- hatten Stillschweigen vereinbart.

In Münteferings Rede zum 120-jährigen SPD-Jubiläum in Bayreuth blieb es zum Thema Koalition bei Andeutungen: „Wir sind als SPD bereit, Verantwortung zu tragen, aber nicht, über jedes Stöckchen zu springen, das man uns hinhält.“ Auch eine mögliche Überraschung deutete er an: „Die Gewerkschaftler unter uns wissen, dass man nicht alles gleich auf den Tisch legen soll, sondern die letzten Forderungen noch im Ärmel haben muss.“ Müntefering machte deutlich, dass sich beide Seiten bewegen müssten: „Es gibt faule Kompromisse, aber auch eine faule Kompromissfähigkeit.“ In Deutschland gebe es eine „sozialdemokratische Grundmelodie“.

Linke und Abgeordnete des konservativen Seeheimer Kreises, die zusammen 80% der SPD-Fraktion stellen, forderten unterdessen gemeinsam, dass Schröder Kanzler bleibt. In der Union wird diskutiert, der SPD als Zugeständnis für eine Kanzlerin Merkel ein Ministeramt mehr anzubieten. Stoiber bekundete erstmals offen Interesse an einem erweiterten Wirtschaftsministerium. „Wirtschaft, Technologie und Infrastruktur sind genau die Felder, um die ich mich als Ministerpräsident sehr intensiv und erfolgreich gekümmert habe, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Die Gespräche mit der SPD lobte er als „erstaunlich gut“.

FP vom 10.10.2005, S. 6

SPD-Chef zu Gast bei 120-Jahr-Feier in Bayreuth - Landtagsabgeordneter Rabenstein:**Müntefering- die Seele der SPD**

Bayreuth. Der Termin stand seit einem halben Jahr fest. Niemand hätte damals auch nur geahnt, dass er in derart politisch bewegte Zeiten fallen würde. Franz Müntefering, der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, kam trotzdem am Wochenende nach Bayreuth, um den dortigen Sozialdemokraten zum 120. Geburtstag zu gratulieren. Müntefering vermittelte einen aufgeräumten Eindruck, als ihn Wolfgang Hasibether, der Leiter der Wilhelm-Leuschner-Gedenkstätte, vor dem offiziellen Festakt etwa eine Stunde lang durch das Geburtshaus des prominenten Widerstandskämpfers führte. Die kleine Ausstellung ist das jüngste und wohl auch das kleinste Mu-

Ihn hat die SPD ins Herz geschlossen

NK vom 08./09.10.2005, S. 13

Festakt zum 120-jährigen Bestehen der Sozialdemokraten in Bayreuth: Franz Müntefering als Ehrengast umjubelt

Bayreuth. Als rhetorisch versierter Redner, der den Ton der Sozialdemokraten trifft, hat sich gestern Abend Franz Müntefering präsentiert.

Der Bundesvorsitzende der SPD nahm sich trotz des Machtpokers in Berlin die Zeit, den Festakt zum 120-jährigen Bestehen der Bayreuther Sozialdemokraten in der Stadthalle zu besuchen. In seiner knapp einstündigen, mit viel Beifall bedachten Rede stellte Müntefering das Streben nach Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und gleichen Lebenschancen für alle in den Mittelpunkt. Diese Ziele, für die die Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1863 eintrete, seien heute aktueller denn je. Als ein Beispiel nannte der Ehrengast das Eintreten gegen Studiengebühren.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein hatte es zu Beginn der Feier als „Wunder“ bezeichnet, dass Müntefering in diesen politischen Zeiten den Weg nach Bayreuth gefunden habe. Mit Blick auf die Geschichte der SPD in Deutschland bekräftigte Rabenstein, dass die Partei immer bereit gewesen sei, „wenn jemand Verantwortung übernehmen muss“.

An den Bundesvorsitzenden gewandt meinte Rabenstein, man achte Gerhard Schröder für alles, was dieser als Bundeskanzler geleistet habe- Franz Müntefering aber habe man fest ins Herz geschlossen. Er, Müntefering, habe die Partei nach vorne gebracht. Ähnlich wie Rabenstein wiesen später auch OB Mronz, Bundestagsabgeordnete Anette Kramme sowie OB-Kandidat Ulrich Pfeifer auf die SPD als „Motor der Stadt“ hin. Schließlich habe es seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Bayreuth nur Oberbürgermeister aus den Reihen der SPD gegeben.

seum in Bayreuth, aber dafür sicher eines der eindrucksvollsten. Müntefering verfolgte anhand von Schautafeln und einigen Exponaten interessiert das Leben des Gewerkschafters, der hessischer Innenminister war und für eine Umsturzregierung nach Hitler als Vizekanzler ausersehen wurde. Im Umgriff des Stauffenberg-Attentats vom 20. Juli 1944 wurde Leuschner hingerichtet.

Journalistenfragen wies der prominente Politiker freilich zurück. Niemand hätte aber auch ernsthaft erwartet, dass der Bundesvorsitzende ausgerechnet hier etwas aus dem Acht-Augen-Gespräch des Vorabends verraten würde. (Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Obwohl er später im mit 400 Zuhörern voll besetzten Balkonsaal der Stadthalle fast eine Stunde lang spricht, gibt es auch dort kaum ein Wort zu den Sondierungsgesprächen oder gar zur Kanzlerfrage. Er wolle sich nicht festlegen, ob es gelingen könne, Verhandlungen für eine große Koalition aufzunehmen. Die SPD sei jedenfalls dazu bereit, so sein kurzes Statement.

Franz Müntefering spannte stattdessen einen weiten Bogen in der Parteigeschichte und trat dabei immer wieder vehement für die Aufrechterhaltung von Arbeitnehmerrechten und sozialen Sicherungssystemen ein. Es sind die Errungenschaften der SPD, die er immer wieder stolz verkündet. 1918 beispielsweise seien es Sozialdemokraten gewesen, die das freie und gleiche Wahlrecht eingeführt hatten. Auch das Frauenwahlrecht sei im gleichen Jahr von der SPD ins Leben gerufen worden. „Die deutsche Sozialdemokratie kann stolz auf ihre Geschichte sein“, ruft Müntefering mit dem Brustton der Überzeugung in den Saal. Die SPD habe das Land nie in den Krieg geführt und nie eine Mauer gebaut, deshalb habe seine Partei auch nie ihren Namen ändern müssen.

Auch über sich selbst gibt er so einiges preis und stellt dabei geschickt den Bezug zu Problemen der Gegenwart her. Etwa wenn er den demographischen Wandel erläutert. Seine Mutter habe zwölf Geschwister gehabt, sein Vater sieben. Heute haben etwa die Hälfte aller Kinder überhaupt keine Geschwister mehr.

Still ist es im Saal, als Müntefering die Erfolge der rechten Parteien anprangert. 1,6 Prozent in Sachsen sei einfach zuviel. Auch wenn er sich persönlich davon überzeugt zeigte, dass sich die Geschichte nicht wiederholen kann, rief der SPD-Politiker zu Wachsamkeit auf, „dass diese braune Soße nie wieder in Deutschland eine Chance hat“.

Zuvor hatte der Bayreuther Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein Müntefering als einen der wichtigsten Politiker der Zeitgeschichte bezeichnet. Fast etwas zweideutig meinte Rabenstein: „Bundeskanzler Gerhard Schröder achten wir, seine Leistung respektieren wir, doch Franz Müntefering haben wir in unser Herz geschlossen, er ist die Seele der SPD.“

NK vom 10.10.2005, S. 9

Herzmassage für die Partei

Trotz Berliner Koalitionspokers: Müntefering kam zum Jubiläum der Bayreuther SPD

Bayreuth. Viele Bayreuther SPDler glaubten es nicht: dass der Parteivorsitzende Franz Müntefering, einer der Hauptakteure des so genannten Koalitionspokers in Berlin, Zeit haben würde für den vor einem Jahr vereinbarten Besuch bei der 120-Jahr-Feier der Bayreuther SPD. Doch Müntefering kam. Er nahm sich sogar Zeit. Und er massierte seine Partei da, wo das Herz sitzt.

„Mün-te“- dieser Spitzname ist doch wohl eher eine Erfindung von Journalisten. Niemand hat am vergangenen Freitagabend vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering als „Mün-te“ gesprochen oder ihn so genannt. „Franz“ oder „Lieber Franz“ war da zu hören, und das drückt schon eher das aus, was die Bayreuther Sozialdemokraten- wohl wie alle anderen SPDler- ihrem Parteivorsitzenden entgegenbringen: Zuneigung.

Der Bayreuther Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein etwa gab im Balkonsaal der Stadthalle eine Liebeserklärung ab. Es sei Münteferings Verdienst, dass die SPD wieder geeint ist, dass die Union bei den vergangenen Bundestagswahlen ihre Ziele nicht erreicht habe: „Wie würden wir heute da stehen, wenn Franz Müntefering nicht, ohne zu zögern, den Parteivorsitz übernommen hätte. unseren Bundeskanzler Schröder

achten wir. Was er geleistet hat, respektieren wir. Aber die Seele der SPD bist du, lieber Franz. Dich haben wir ins Herz geschlossen.“

Rabenstein, der vor gut einem Jahr mit dem Parteivorsitzenden dessen Besuch bei der 120-Jahr-Feier der Bayreuther SPD vereinbarte, bezeichnete es in seiner Ansprache zwar als „Wunder“, dass Müntefering trotz der derzeitigen Koalitionsverhandlungen in Berlin nach Bayreuth gekommen sei, später, beim Empfang, gestand Rabenstein jedoch, er sei stets überzeugt gewesen, dass sein Parteivorsitzender da sein werde. Denn der Franz, der hält sein Wort.

Vor dem Beginn des Festaktes erwies Müntefering einem großen SPD-Mann die Ehre. Beim Besuch in der Wilhelm-Leuschner-Gedenkstätte ließ er sich von deren Leiter Wolfgang Hasibether über die Ausstellung zum Leben und Wirken des von den Nazis ermordeten Bayreuther Widerstandskämpfers informieren.

Danach hieß es: Nach der Wahl ist vor der Wahl, denn im Wahlkampfbus des Bayreuther OB-Kandidaten Uli Pfeifer, dem so genannten Uli-Mobil, wurde der Parteivorsitzende vom Leuschnerhaus abgeholt und zur Stadthalle chauffiert. Und dann zog er ein in den Balkonsaal, während die Jugendbergmannskapelle Pegnitz

unter Leitung von Jürgen Kratochvil „Glück auf“ spielte.

Für ihren Parteivorsitzenden machten es die Grußwortredner kurz. Christoph Rabenstein meinte sowohl die Bundespolitik als auch die im März kommenden Jahres anstehenden OB-Wahlen in Bayreuth, als er sagte: „Über 120 Jahre SPD ließe sich viel ausführen, ich möchte nur dies sagen: Wenn wir gefordert waren, Verantwortung zu übernehmen, haben wir uns nie gescheut. Wir sind bereit, wir wollen uns nicht in die Opposition flüchten.“

Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz sagte, keine andere politische Kraft sei so sehr mit der Geschichte Bayreuths verbunden wie die SPD: In den 120 Jahren ihrer Bayreuther Geschichte habe die Partei erkannt, dass Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität und Menschenwürde nur wirken könnten, wenn sie auf örtlicher Ebene umgesetzt werden. Die Grundsätze dieser „stolzen Partei“ müssten weiter gelten, damit der Staat als freiheitliches und soziales Gemeinwesen erhalten bleiben könne.

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

Anette Kramme, die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete, meinte, der Kampf um soziale Gerechtigkeit sei heute aktueller denn je- es seien „die anderen“, die eine Abschaffung des Kündigungsschutzes forderten: „Unsere Ziele sind nicht von gestern, sondern Werte für die Zukunft.“

Ulrich Pfeifer verwies, wie Mronz zuvor, auf den Umstand, dass Bayreuth seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch SPD-Oberbürgermeister geprägt worden sei. Heute habe die Stadt auch deswegen ein nachgewiesenes großes Zukunftspotenzial: „Die SPD-Kommunalpolitik hat eine Erfolgsgeschichte geschrieben“

Franz Müntefering bewies in seiner Ansprache, warum er in seiner Partei so beliebt ist: Er spricht die richtige Sprache, er trifft den Ton, er sagt die richtigen Worte. Etwa bei der Begrüßung: „Sehr geehrte Damen und Herren oder für alle Rechtgläubigen: liebe Genossinnen und Genossen.“ Seine einstündige Ansprache stellte er in den Rahmen der Parteigeschichte- von Ferdinand Lassalle über Fried-

rich Ebert bis Herbert Wehner. In den geschichtlichen Rahmen packte er aktuelle Themen wie etwas Bildungspolitik. Die Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle würzte er mit der persönlichen Anekdote, dass an seinem ersten Schultag sein Verein Rot-Weiß Essen 4:8 gegen Kaiserslautern gewonnen habe: „Solche Tage vergisst man im Leben nicht, und den Ländern sage ich: Lasst das mit der Studiengebühr.“ Ein rhetorischer Trick oder einfach nur die Wahrheit? Wie auch immer - so schafft der Parteivorsitzende Nähe und Glaubwürdigkeit bei seinen Leuten-, der Applaus bewies das.

Auch die Erinnerungen an die großen Leistungen der SPD weckt Müntefering auf die ihm eigene Art. Beispiel „freies und gleiches Wahlrecht“, eingeführt 1918: „Wir haben etwas Grandioses getan, nämlich auch das Frauenwahlrecht eingeführt, ohne das wir nie an die Regierung gekommen wären.“ Der Parteivorsitzende, der gerade in Berlin bei den Geheimverhandlungen über eine mögliche große Koalition dabei ist, sprach auch über 1966, als die Sozialdemokraten schon einmal mit der Union zusammengin-

gen: „Ich war dagegen und habe als junger Genosse an Herbert Wehner einen Brief geschrieben und ihm die große Koalition untersagt. Er hat nicht auf mich gehört.“

Mit dem Thema Globalisierung und der Forderung, dass die Politik sich nicht durch das Geld und den internationalen Kapitalismus das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen dürfe, leitete Müntefering über zu seiner zentralen Forderung: Die Politik müsse trotz der Macht des Kapitalismus- „der sieht heute anders aus“- die Regeln bestimmen: „Der eine oder andere Manager sagt mir immer wieder: Geld regiert die Welt. Da antworte ich: Nein. Sozialdemokraten dürfen sich damit nicht abfinden. Wenn anonyme Entscheidungen auf dem Finanzmärkten Zehntausende Arbeitsplätze kosten- das kann die Melodie nicht sein.“ Vielmehr gebe es in Deutschland eine „sozialdemokratische Grundmelodie“, was die jüngsten Bundestagswahlen gezeigt hätten: „Wir brauchen jetzt eine Regierung der Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit.“

BRS 10.10.2005, S. 14

Von der „Kunst der Politik“

Fraktionschef Franz Müntefering sprach zum 120-jährigen Bestehen der SPD Bayreuth

Bayreuth. Es wartete wohl jeder darauf, doch er tat es nicht: Als Franz Müntefering am Freitagabend als Ehrengast zum 120-jährigen Bestehen der SPD Bayreuth im Balkonsaal der Stadthalle sprach, redete er von der Geschichte und Grundsätzen der Partei, der Entwicklung Deutschlands im europäischen und globalen Kontext sowie über die „Kunst der Politik“. Darüber, wie es an Deutschlands Spitze nach der Neuwahl weitergehen soll, verlor der Partei- und Fraktionschef der Sozialdemokraten nur wenige Sätze.

Es sei nicht der rechte Zeitpunkt, um über die Möglichkeit einer großen Koalition zu sprechen, so Müntefering. Man müsse die Option aber daran messen, was mit ihr erreicht werden kann. So wolle die SPD zwar Verantwortung übernehmen, es gebe aber bestimmte Themenbereiche, die nicht zur Diskussion stünden, „Dinge, die tabu sind“. Er wolle aber keine Liste dieser Punkte vorlegen, „falls die derzeitigen Gespräche etwas bringen, werden wir bei einem Parteitag Mitte November über eine große Koalition entscheiden“.

Viel mehr als auf die aktuelle politische Lage ging Müntefering auf Maximen der Sozialdemokraten ein. Eine davon sei soziale Gerechtigkeit. So sei es eines der wichtigsten sozialdemokratischen Anliegen, gleiche Lebenschancen zu schaffen. Der SPD sei es gelungen, zahlreiche Verbesserungen durchzusetzen. Hierbei holte Müntefering weit aus: Die Verdienste der Partei hätten be-

gonnen bei der Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen Ende des 19. Jahrhunderts, über die Einführung eines gleichen und freien Wahlrechts auch für Frauen geführt und schließlich in der sozialen Absicherung für Arbeitnehmer gegipfelt. „Wir haben Deutschland nie in den Krieg geführt, haben keine Mauer aufgebaut; wir mussten auch niemals unseren Namen ändern, und darauf bin ich stolz“, stellte der SPD-Chef klar.

Chancen liegen in Forschung

Mit der Globalisierung, dem demographischen Wandel und der hohen Arbeitslosigkeit ging er aber auch auf aktuelle Probleme ein. So müsse Deutschland seine Beziehungen zu den Partnerländern der Europäischen Union (EU) pflegen, „denn nur so können wir Wohlstandsregion bleiben“. „Die Wulfs und Kochs liegen falsch, wenn sie den Weg in den Billiglohnsektor preisen“, die Republik bleibe Hochlohnland, wenn sie auch Hochleistungsland bleibe. Chancen sieht Müntefering in der Forschung und Entwicklung ebenso wie im Export.

Ihm sei klar, dass die momentane Entwicklung Deutschlands den Menschen Angst mache, es sei jedoch die Aufgabe der Politik, die Probleme der Bürger zu erkennen, darüber nachzudenken, und einen geeigneten Lösungsweg aufzuzeigen. „Wir müssen die Menschen bei ihren Sorgen abholen, das ist die wirkliche Kunst der Politik.“

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

MdL Dr. Christoph Rabenstein hatte Müntefering eingangs als „die wichtigste Person der deutschen Zeitgeschichte“ bezeichnet. Der Landtagsabgeordnete betonte, die SPD habe sich während ihrer 120-jährigen Geschichte in Bayreuth nie geschämt, Verantwortung zu übernehmen.

Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz nannte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ als die wichtigsten Werte der Sozialdemokraten. Ihm sei es wichtig, nicht nur den Mandatsträgern, sondern allen Mitgliedern und Sympathisanten der SPD für ihre Unterstützung zu danken.

MdB Anette Kramme stellte das Jubiläum in einen geschichtlichen Kontext. So habe Karl Benz im Gründungs-

jahr der Bayreuther SPD, 1885, erstmals dreirädrige Kraftwagen gebaut, Daimler den ersten Motor. Obwohl 120 Jahre eine große Zeitspanne darstellten, habe es damals in Anbetracht der sozialen Frage ähnliche Probleme gegeben wie heute.

Erfolgsgeschichte geschrieben

Der Stadtdirektor und SPD-Kandidat für die OB-Wahl 2006, Ulrich Pfeifer, erklärte, die SPD sei der „Motor der positiven Fortentwicklung“ der Stadt Bayreuth. Mit der Kommunalpolitik sei in der Richard-Wagner-Stadt gleichermaßen eine Erfolgsgeschichte der SPD geschrieben worden, denn seit 1948 habe stets ein Sozialdemokrat das Amt des Oberbürgermeisters inne gehabt.

Oberfrankentreffen der AG 60plus in Bayreuth

Bayerische Rundschau vom 17./18.09.2005, S. 29

„Wir sind im Kommen“

Arbeitsgemeinschaft 60plus schloss gestern Wahlkampf in Bayreuth ab

Bayreuth. In ihrer Abschlussveranstaltung hat die SPD am Freitagnachmittag in Bayreuth noch einmal ihre Anhänger auf die Bundestagswahl am Sonntag eingeschworen. „Wir sind im Kommen, der Trend geht eindeutig in unsere Richtung“, sagte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme beim Oberfrankentreffen der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus vor rund 400 Mitgliedern und Parteifreunden im Herzogkeller.

Als die Veranstaltung vor über einem Jahr terminiert worden war, habe die SPD nicht im Traum daran gedacht, dass das Oberfrankentreffen nun quasi das Finale des bayerischen Wahlkampfes sein werde. Umso erfreuter zeigten sich Kramme und die örtlichen Mandatsträger, dass sie mit Ludwig Stiegler den Vorsitzenden der bayerischen Sozialdemokraten in ihren Reihen begrüßen konnten.

Anette Kramme bezeichnete die Bundestagswahl als Richtungsentscheidung. Union und FDP warf die Abgeordnete unter anderem vor, Arbeitnehmerrechte einschränken und Steuerlasten von Spitzenverdienern auf Arbeitnehmer verteilen zu wollen. Kramme machte sich bei der Veranstaltung einmal mehr für die Einführung einer Bürgerversicherung stark. Die Kostenlast in der Krankenversicherung müsse auf breitere Schultern verteilt werden. Jeder solle entsprechend seiner Leistungsfähigkeit einzahlen, wobei die beitragsfreie Familienversicherung erhalten bleiben solle. Das so genannte Kopfpauschalmodell der Union sehe dagegen vor, dass der Manager künftig genauso viel einzahlt, wie seine Sekre-

tärin. Im Übrigen bleibe das Programm der Union bei den Themen Rente und Gesundheit auffallend nebulös. Kramme: „Deutschland braucht weder Leichtmatrosen, noch eine Spaßpartei, Deutschland braucht die SPD.“

„Setzen zum Überholen an“

Auch der Bayreuther Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein zeigte sich optimistisch, was die Chancen der SPD am Sonntag angehe. „Wer hätte noch vor zwei Monaten gewagt zu glauben, dass wir heute so gut dastehen“, sagte er. Die SPD habe mächtig aufgeholt und sei gerade dabei, zum Überholen anzusetzen, während für die Union langsam die Lichter ausgingen. In Bayreuth sei ein guter und überzeugender Wahlkampf geführt worden. Auch über den Wahlsonntag hinaus reichten Rabensteins Gedanken. Wenn im März 2006 in Bayreuth ein neuer Oberbürgermeister gewählt werde, müsse dies der SPD-Kandidat Ulrich Pfeiffer sein.

Stoiber und Merkel seien Gift für die Konjunktur, sagte der SPD-Landesvorsitzende Ludwig Stiegler mit Blick auf eine angeblich vorliegende Streichliste bei Bundesfinanzminister Hans Eichel. Die einzige Giftliste für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland sei das Programm von CDU und CSU. Die beabsichtigte Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 18 Prozent geht nach den Worten Stieglers eindeutig zu Lasten des Handwerks, des Handels, der Pendler und der Familien.

Kurz vorgestellt: Karl Lothes, Ortsvereinsvorsitzender Pegnitz



Ich wurde am 14.07.1958 in Pegnitz/Hainbronn geboren, bin verheiratet und habe zwei Söhne im Alter von 20 und 16 Jahren.

1974 habe ich bei der LVA Oberfranken und Mittelfranken als Verwaltungsbeamter den Dienst begonnen. Derzeit werde ich als Berater bei der Auskunft- und Beratungsstelle in Nürnberg eingesetzt. Mit Renten- und Sozialpolitik bin ich somit berufsbedingt ständig beschäftigt. Mit Vorträgen zu Themen wie beispielsweise „Rente und Steuer“ oder „Aktuelle Rentenreformen“ bin ich deshalb auch öfter bei Ortsvereinen - demnächst in Goldkronach - zu Gast.

In die SPD wurde ich 1985 vom Pegnitzer SPD-Urgestein MdL a.D. Fritz Gentner und dem damaligen Ortsvereinsvorsitzenden Reinhard Ullmann aufgenommen. Das sozialdemokratische Engagement wurde mir durch meinen leider früh verstorbenen Vater, der als langjähriger Gemeinderat und 2. Bürgermeister von Hainbronn tätig war, quasi in die Wiege gelegt. Schon früh habe ich in örtlichen Vereinen wie dem Schützenverein, der Wald- und Jagdgenossenschaft, dem ASV Pegnitz und der örtlichen Feuerwehr aktiv Verantwortung übernommen. Durch mein z.T. langjähriges Engagement unterstütze ich zudem viele andere örtliche Vereine, insbesondere im Umwelt- und sozialen Bereich (Bund Naturschutz, Verein für Alternative Sonnenenergie-Al.So., VdK, Pegnitzer Tafel, Siedlergemeinschaft, Bergknappenverein usw.). Seit mehr als 10 Jahren bin ich stellvertretender Vorsitzender des größten Vereins im Landkreis, dem Begräbnisverein Pegnitz. Inzwischen habe ich auch Aufgaben beim Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) und den Vorsitz bei der Pegnitzer AWO übernommen.

Beim SPD-Ortsverein bin ich seit Beginn meiner Mitgliedschaft im engeren Vorstand. 1998 habe ich unser 100jähriges Jubiläum federführend organisiert und bei dieser Gelegenheit auch die 1. Energie- und Umweltmesse ins Leben gerufen, die nun bereits zum sechsten Mal stattfand und in der Region umwelt- und arbeitsmarktpolitische Akzente setzt.

Als OV-Vorsitzender lege ich großen Wert auf Mitgliederwerbung und -betreuung sowie auf eine gute Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Organisationen. Für unsere Partei bin ich als stellvertretender Kreis- und Unterbezirksvorsitzender, als Mitglied des Bezirksvorstandes sowie als Delegierter bis auf Bundesebene tätig. So durfte ich erst vor kurzem über den Koalitionsvertrag und den neuen Bundesvorstand abstimmen. Am Rande bemerkt: Ich hoffe ich, dass unser neuer Vorsitzender Matthias Platzeck länger im Amt bleiben wird als die bisherigen vier (!) Parteivorsitzenden, an deren Wahl ich jeweils beteiligt war. Seit 1996 bin ich Kreisvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Im Namen unserer Partei habe ich auch schon für wichtige Ämter wie beispielsweise das des Pegnitzer Bürgermeisters und des Landrats kandidiert, wobei ich gegen die amtierenden politischen Gegner jeweils Achtungserfolge erzielen konnte.

Der Schwerpunkt meiner kommunalpolitischen Arbeit als Stadtrat (seit 1990) und als Kreisrat (seit 1996) liegt neben der Sozial- und Umweltpolitik vor allem auf der Kulturarbeit: Seit mehr als 15 Jahren organisiere ich im Rahmen des „Pegnitzer Brettls“ jährlich ca. 15- 20 Veranstaltungen, die mit insgesamt ca. vier- bis fünftausend Besuchern sehr gut angenommen werden. In meiner Eigenschaft als Kulturbeauftragter im Pegnitzer Stadtrat bin ich Vorstandsmitglied der Volkshochschule Pegnitz und unterstütze die Interessengemeinschaft Museum sowie neuerdings die Ortsgruppe des Historischen Vereins.

Besonders stolz bin ich auf den Anschluss von Pegnitz und des südlichen Landkreises an den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN), für den ich mehr als 10 Jahre gekämpft habe. Mit Aktionen wie dem NN-Erlebnistag in der Fränkischen Schweiz versuche ich diesen in Zusammenarbeit mit den dortigen Bürgermeistern zu beleben. Ich werde mich nun dafür einsetzen, dass der VGN bis nach Speichersdorf und Bayreuth ausgeweitet wird.

Meine politische Arbeit wäre sicher nicht möglich, wenn mir als Ortsvereinsvorsitzendem nicht ein gutes Team zur Seite stünde. Die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung klappt hervorragend und alle arbeiten für unseren sozialdemokratischen Auftrag Hand in Hand. Auch in der Stadtratsfraktion mit unserem Vorsitzenden Uwe Raab wird sehr gute Arbeit geleistet. Als derzeit kleinste Fraktion im Stadtrat sind wir wohl die aktivste.

Wahlergebnisse Bundestagswahl 2005

Landkreis Bayreuth / Stimmbezirke

| Landkreis Bayreuth Stimmbe- zirke | Wahl- berech- tigte | Wahl- betei- ligung in % | | CSU | | SPD | | Grüne | | FDP | | Die Linke | |
|--|---------------------------|-----------------------------------|-----------------------|---------------------------------|------------------------|----------------------------|------------------------|---------------------------------------|--------------------------|---|---------------------------|-----------------------|----------------------|
| | | | | K O S C H Y K | Zweit- stim- men | K R A M M E | Zweit- stim- men | F. - K R A U S E | Zwe itsti mm en | F R I E D R I C H | Zwe it- stim men | M E I S T | Zwei tstim men |
| Ahorntal | 1717 | 86,26 | Stimmen: Prozente: | 1081 73,84 | 952 64,98 | 223 15,23 | 235 16,04 | 27 1,84 | 34 2,32 | 64 4,37 | 104 7,10 | 23 1,57 | 28 1,91 |
| Aufseß | 1087 | 84,64 | Stimmen: Prozente: | 685 75,52 | 592 65,13 | 135 14,88 | 157 17,27 | 20 2,21 | 23 2,53 | 26 2,87 | 62 6,82 | 11 1,21 | 18 1,98 |
| Bad Bern- eck | 3560 | 73,09 | Stimmen: Prozente: | 1354 52,73 | 1189 46,21 | 795 30,96 | 781 30,35 | 85 3,31 | 113 4,39 | 150 5,84 | 238 9,25 | 99 3,86 | 107 4,16 |
| Betzen- stein | 2004 | 81,69 | Stimmen: Prozente: | 963 59,52 | 819 50,56 | 428 26,45 | 408 25,19 | 47 2,90 | 77 4,75 | 69 4,26 | 135 8,33 | 47 2,90 | 75 4,63 |
| Bindlach | 5684 | 77,59 | Stimmen: Prozente: | 2507 57,55 | 2102 48,08 | 1317 30,23 | 1376 31,47 | 105 2,41 | 186 4,25 | 227 5,21 | 377 8,62 | 99 2,27 | 121 2,77 |
| Bischofs- grün | 1761 | 81,03 | Stimmen: Prozente: | 683 48,47 | 589 41,89 | 509 36,12 | 509 36,20 | 46 3,26 | 91 6,47 | 42 2,98 | 88 6,26 | 108 7,67 | 80 5,69 |
| Creußen | 3923 | 78,89 | Stimmen: Prozente: | 1749 57,21 | 1488 48,64 | 853 27,90 | 885 28,39 | 109 3,57 | 164 5,36 | 139 4,55 | 245 8,01 | 87 2,85 | 106 3,47 |
| Eckersdorf | 4173 | 85,41 | Stimmen: Prozente: | 1872 52,05 | 1569 44,46 | 1192 33,96 | 11,94 33,83 | 152 4,33 | 212 6,01 | 183 5,21 | 309 8,76 | 87 2,84 | 99 2,81 |
| Emt- mannsberg | 866 | 82,68 | Stimmen: Prozente: | 413 58,33 | 364 51,34 | 202 28,53 | 198 27,93 | 19 2,68 | 37 5,22 | 36 5,08 | 52 7,33 | 15 2,12 | 18 2,54 |
| Fichtelberg | 1739 | 79,24 | Stimmen: Prozente: | 956 70,76 | 827 61,03 | 240 17,76 | 269 19,85 | 12 0,89 | 30 2,21 | 67 4,96 | 122 9,00 | 43 3,18 | 46 3,39 |
| Gefrees | 3850 | 78,81 | Stimmen: Prozente: | 1568 52,58 | 1368 46,28 | 1024 34,34 | 979 32,69 | 84 2,82 | 125 4,17 | 116 3,89 | 221 7,38 | 110 3,69 | 141 4,71 |
| Gesees | 986 | 82,76 | Stimmen: Prozente: | 489 60,67 | 431 53,14 | 200 24,81 | 209 25,77 | 38 4,71 | 54 6,66 | 52 6,45 | 72 8,88 | 14 1,74 | 19 2,34 |
| Glashütten | 1085 | 84,15 | Stimmen: Prozente: | 459 50,83 | 380 41,94 | 323 35,77 | 325 35,87 | 27 2,99 | 36 3,97 | 44 4,87 | 77 8,50 | 30 3,32 | 37 4,08 |
| Goldkro- nach | 2936 | 82,46 | Stimmen: Prozente: | 1361 57,18 | 1114 46,73 | 713 29,96 | 774 32,47 | 89 3,74 | 117 4,91 | 102 4,29 | 197 8,26 | 77 3,24 | 94 3,94 |
| Haag | 731 | 84,95 | Stimmen: Prozente: | 343 55,68 | 301 48,86 | 194 31,94 | 185 30,03 | 22 3,57 | 33 5,36 | 23 3,73 | 37 6,01 | 25 4,06 | 36 5,84 |
| Heiners- reuth | 3098 | 85,83 | Stimmen: Prozente: | 1292 49,22 | 1125 42,71 | 1029 39,20 | 983 37,32 | 100 3,81 | 151 5,73 | 103 3,92 | 203 7,71 | 54 2,06 | 79 3,00 |
| Hollfeld | 4207 | 80,03 | Stimmen: Prozente: | 2217 67,06 | 1887 56,94 | 639 19,33 | 724 21,85 | 88 2,66 | 142 4,28 | 164 4,96 | 254 7,66 | 101 3,06 | 116 3,5 |
| Hummeltal | 1909 | 81,35 | Stimmen: Prozente: | 861 56,20 | 723 47,10 | 455 29,70 | 490 31,92 | 75 4,90 | 102 6,64 | 89 5,81 | 145 9,45 | 37 2,42 | 39 2,54 |

| | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------|-------|-------|-----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Kirchenpingarten | 1035 | 82,71 | Stimmen: Prozente: | 671 79,41 | 596 70,62 | 107 12,66 | 118 13,98 | 8 0,95 | 14 1,66 | 23 2,72 | 55 6,52 | 12 1,42 | 13 1,54 |
| Mehlmeisel | 1177 | 75,19 | Stimmen: Prozente: | 540 61,64 | 459 52,34 | 223 25,46 | 225 29,08 | 19 2,17 | 29 3,31 | 31 3,54 | 36 4,10 | 38 4,34 | 43 4,90 |
| Mistelbach | 1281 | 83,92 | Stimmen: Prozente: | 517 48,91 | 452 42,56 | 415 39,26 | 425 40,02 | 18 1,70 | 46 4,33 | 57 5,39 | 73 6,87 | 29 2,74 | 33 3,11 |
| Mistelgau | 2414 | 83,43 | Stimmen: Prozente: | 1212 60,78 | 1042 52,31 | 515 25,83 | 553 27,76 | 52 2,61 | 86 4,32 | 117 5,87 | 158 7,93 | 59 2,96 | 71 3,56 |
| Pegnitz | 11244 | 78,70 | Stimmen: Prozente: | 5030 57,60 | 4296 49,01 | 2597 29,74 | 2572 29,34 | 307 3,52 | 488 5,57 | 370 4,24 | 748 8,53 | 228 2,61 | 283 3,23 |
| Plankenfels | 691 | 78,87 | Stimmen: Prozente: | 377 69,43 | 321 57,78 | 89 16,39 | 89 16,48 | 23 4,24 | 42 7,78 | 28 5,16 | 56 10,37 | 16 2,95 | 19 3,52 |
| Plech | 1012 | 79,35 | Stimmen: Prozente: | 496 62,31 | 432 54,20 | 196 24,62 | 186 23,34 | 26 3,27 | 44 5,52 | 35 4,40 | 70 8,78 | 18 2,26 | 25 3,14 |
| Pottenstein | 4323 | 77,28 | Stimmen: Prozente: | 2327 70,77 | 1965 59,49 | 537 16,33 | 592 17,92 | 73 2,22 | 88 2,66 | 99 3,01 | 235 7,11 | 112 3,41 | 122 3,69 |
| Prebitz | 846 | 79,67 | Stimmen: Prozente: | 386 57,96 | 342 51,12 | 172 25,83 | 184 27,50 | 20 3,00 | 28 4,19 | 40 6,01 | 50 7,47 | 20 3,00 | 17 2,54 |
| Schnabelwaid | 815 | 82,58 | Stimmen: Prozente: | 387 58,37 | 334 50,30 | 192 28,96 | 192 28,92 | 20 3,02 | 33 4,97 | 22 3,32 | 49 7,38 | 15 2,26 | 14 2,11 |
| Seybothenreuth | 945 | 81,80 | Stimmen: Prozente: | 445 58,32 | 372 48,56 | 187 24,51 | 195 25,46 | 36 4,72 | 51 6,66 | 50 6,55 | 85 11,1 | 24 3,15 | 27 3,52 |
| Speichersdorf | 4627 | 76,18 | Stimmen: Prozente: | 1939 55,99 | 1715 49,35 | 1008 29,11 | 1010 29,06 | 113 3,26 | 147 4,23 | 200 5,78 | 296 8,52 | 86 2,48 | 100 2,88 |
| Waischenfeld | 2469 | 84,45 | Stimmen: Prozente: | 1427 69,37 | 1258 61,28 | 356 17,31 | 372 18,12 | 73 3,55 | 84 4,09 | 75 3,65 | 154 7,50 | 64 3,11 | 67 3,26 |
| Warmensteinach | 1963 | 81,20 | Stimmen: Prozente: | 872 55,83 | 754 48,18 | 485 31,05 | 488 31,18 | 28 1,79 | 54 3,45 | 89 5,70 | 126 8,05 | 51 3,27 | 53 3,39 |
| Weidenberg | 5055 | 78,71 | Stimmen: Prozente: | 2290 58,24 | 2015 50,97 | 1025 26,07 | 1072 27,12 | 152 3,87 | 183 4,63 | 232 5,90 | 330 8,35 | 125 3,18 | 159 4,02 |

Landkreis Forchheim / Stimmbezirke

| Landkreis Forchheim Stimmbezirke | Wahlberechtigte | Wahlbeteiligung in % | | CSU | | SPD | | Grüne | | FDP | | Die Linke | |
|----------------------------------|-----------------|----------------------|-----------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|-----------------|--------------|-------------------|--------------|-------------|--------------|
| | | | | K O S C H Y K | Zweitstimmen | K R A M M E | Zweitstimmen | F - K R A U S E | Zweitstimmen | F R I E D R I C H | Zweitstimmen | M E I S T | Zweitstimmen |
| Ebermannstadt | 4394 | 81,28 | Stimmen: Prozente: | 2627 60,99 | 2346 54,09 | 1018 23,64 | 944 21,77 | 191 4,43 | 273 6,29 | 224 5,20 | 430 9,91 | 103 2,39 | 119 2,74 |
| Egloffstein | 1468 | 87,81 | Stimmen: Prozente: | 711 56,12 | 640 50,31 | 338 26,68 | 332 26,10 | 66 5,21 | 75 5,90 | 58 4,58 | 107 8,41 | 51 4,03 | 44 3,46 |
| Gößweinstein | 3308 | 78,30 | Stimmen: Prozente: | 1671 66,15 | 1461 57,61 | 467 18,49 | 489 19,28 | 87 3,44 | 104 4,10 | 128 5,07 | 196 7,73 | 65 2,57 | 59 2,33 |

| | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|------|-------|-----------|-------|-------|-------|-------|------|------|------|------|------|------|
| Gräfenberg | 3191 | 77,44 | Stimmen: | 1296 | 1134 | 789 | 735 | 101 | 167 | 105 | 206 | 64 | 86 |
| | | | Prozente: | 53,51 | 46,46 | 32,58 | 30,11 | 4,17 | 6,84 | 4,34 | 8,44 | 2,64 | 3,52 |
| Hilt- poltstein | 1247 | 84,12 | Stimmen: | 544 | 477 | 331 | 318 | 49 | 70 | 55 | 91 | 24 | 28 |
| | | | Prozente: | 52,87 | 46,04 | 32,17 | 30,69 | 4,76 | 6,76 | 5,34 | 8,78 | 2,33 | 2,70 |
| Obertru- bach | 1672 | 80,62 | Stimmen: | 915 | 815 | 246 | 252 | 26 | 42 | 44 | 69 | 32 | 31 |
| | | | Prozente: | 69,90 | 61,60 | 18,79 | 19,05 | 1,99 | 3,17 | 3,36 | 5,22 | 2,44 | 2,34 |
| Unterlein- leitner | 954 | 81,24 | Stimmen: | 476 | 424 | 179 | 180 | 32 | 43 | 23 | 57 | 13 | 8 |
| | | | Prozente: | 62,22 | 55,21 | 23,40 | 23,44 | 4,18 | 5,60 | 3,01 | 7,42 | 1,70 | 1,04 |
| Wiesental | 1986 | 79,71 | Stimmen: | 1007 | 877 | 344 | 331 | 66 | 82 | 63 | 152 | 34 | 41 |
| | | | Prozente: | 64,26 | 55,86 | 21,95 | 21,08 | 4,21 | 5,22 | 4,02 | 9,68 | 2,17 | 2,61 |

Eckpunkte des Koalitionsvertrages

Arbeitsmarkt:

- Der Kündigungsschutz wird gelockert. Die Probezeit wird bei Neueinstellung auf 24 Monate ausgedehnt.
- Die Möglichkeit wird gekippt, Arbeitsverhältnisse ohne sachliche Gründe auf zwei Jahre zu befristen.
- Beim Arbeitslosengeld II werden die Ost-Sätze um 14 Euro auf das West Niveau von 345 Euro angehoben.
- Die Möglichkeit, sich mit einer Ich-AG und staatlichen Zuschüssen selbständig zu machen, wird nur bis Mitte 2006 verlängert. Die Ich-AG wird mit dem Überbrückungsgeld zum neuen Arbeitsmarkt-Instrument zusammengelegt.
- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen um 2,0 Prozentpunkte gesenkt werden.

Lohnnebenkosten:

- Lohnnebenkosten sollen von derzeit rund 41 Prozent auf unter 40 Prozent gesenkt werden.

Ausbildung:

- Der Ausbildungspakt für Jugendliche wird fortgesetzt. Jährlich sollen 30 000 neue Plätze und 25 000 betriebliche Einstiegsqualifizierungen von Wirtschaft und Handwerk kommen.

Bildung:

- Die Grundstruktur des Bafög mit Zuschuss zum Lebensunterhalt bleibt.

Haushalt / Steuern:

- Der Euro-Stabilitätspakt soll bis zum Jahr 2007 wieder eingehalten werden – durch eine Mix aus Steuererhöhungen, Leistungskürzungen und Subventionsabbau.
- Eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent kommt zum 1. Januar 2007.
- Die „Reichensteuer“, ein dreiprozentiger Zuschlag auf besonders hohe Einkommen, wird eingeführt. Betroffen ist, wer jährlich mehr als 250 000 / 500 000 Euro (Ledige / Verheiratete) verdient.

Renten:

- Ein „Nachholfaktor“ wird den 20 Millionen Rentnern in den kommenden Jahren Nullrunden beschere. Nicht vorgenommene Rentenkürzungen werden mit Erhöhungen in den späteren Jahren verrechnet.
- Das Renteneintrittsalter steigt ab 2012 stufenweise auf 67 Jahre. Die Endstufe wird 2035 erreicht.
- 2007 steigt der Beitragssatz von jetzt 19,5 auf 19,9 Prozent.

Gesundheit:

- Eine Reform der Krankenkassenfinanzierung wird erst 2006 angegangen.
- Naturalrabatte an Apotheker durch Pharmaunternehmen sollen ausgeschlossen werden.
- Die Preise für Nachahmer-Arzneimittel sollen um fünf Prozent sinken.
- Arzneipreise werden generell für zwei Jahre eingefroren.

Mittelstand:

- Abschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Firmen sollen verbessert werden.
- Zum Bürokratieabbau ist eine Reduzierung der Berichtspflichten von Unternehmen gegenüber Behörden vorgesehen.
- Mittelstand und Existenzgründer sollen besser gefördert, Risikokapital leichter mobilisiert werden.
- Das ERP-Förderprogramm soll als unabhängiger Vermögensfonds vollständig erhalten werden.

Handwerk:

- Zur Förderung des Handwerks sollen 20 Prozent der privaten Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt begrenzt von der zu zahlenden Einkommenssteuer absetzbar sein. Ein Maximalbetrag wurde nicht vereinbart.
- Für meisterfrei gewordene Berufe wird eine neue Mindestqualifikation geprüft.

Familie:

- Das Erziehungsgeld soll von 2008 an in ein einkommensabhängiges Elterngeld umgewandelt werden.

- Eltern, die wegen Kindererziehung vorübergehend im Beruf pausieren, sollen für ein Jahr zwei Drittel ihres letzten Nettoeinkommens erhalten, maximal 1800 Euro.
- Alle familienpolitischen Leistungen werden in einer Familienkasse zusammengeführt.
- Um Kinderarmut zu bekämpfen, soll der Kinderzuschlag ab 2006 an ausgebaut werden. Zusätzlich sollen damit 200 000 Kinder und ihre Eltern erreicht werden.

Subventionsabbau:

- Die Eigenheimzulage wird zum 1. Januar 2006 abgeschafft.
- Die Pendlerpauschale wird zum 1. Januar 2006 gekürzt.
- Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge werden ab 25 Euro Stundenlohn besteuert.

Aufbau Ost:

- Die Investitionszulage wird fortgeführt. Damit keine Förderlücke entsteht, soll bis Ende März 2006 ein mit den Ländern und der EU abgestimmter Gesetzentwurf vorliegen. Bis Mitte 2006 sollen Vorschläge für die erleichterte Bildung von Eigenkapital, eine bessere Kreditversorgung und ein hinreichend breites Angebot an Wagniskapital vorliegen.
- Es bleibt bei den Solidarpakt-II-Geldern (2005-2019 rund 156 Milliarden Euro).

Öffentlicher Dienst:

- Die Länder sollen künftig über die Besoldung ihrer Beamten selbst entscheiden. Damit fällt die bundeseinheitliche Besoldungsregelung für die 1,7 Millionen Beamten.

Föderalismus:

- Die Kompetenzen von Bund und Ländern werden entzerrt.
- Die Blockademöglichkeiten des Bundesrates bei der Bundesgesetzgebung werden eingeschränkt.
- Der Bund überlässt den Ländern in der Bildungspolitik weitgehend freie Hand.

Verbraucherschutz:

- Lebensmittelkontrollen sollen verbessert werden. Das Bundesamt für Verbraucherschutz soll mehr Kompetenz für die länderübergreifende Koordination bekommen.
- Der Verkauf von Lebensmitteln unter Einstandspreis soll verboten und dafür das Kartellrecht novelliert werden.

Justiz:

- Die Kronzeugenregelung soll wieder eingeführt werden. Damit können Täter Straferleichterung erhalten, wenn sie mit der Justiz zusammenarbeiten

Umwelt / Energie:

- Steinkohlesubventionen sind bis 2008 garantiert.
- Ökostrom soll weiter gefördert, sein Anteil bis 2020 auf mindestens 20 Prozent ausgeweitet werden.
- Gebäudesanierung zur Energieeinsparung soll gefördert werden. Dafür will Schwarz-Rot den Fördertopf von 360 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro aufstocken.
- Mit einer Milliarde Euro – und möglichst der gleichen Summe der Wirtschaft – soll eine Innovationsoffensive „Energie für Deutschland“ angestoßen werden.
- Am geplanten Atomausstieg bis 2021 wird nicht gerüttelt.
- Es soll mehr für die Sicherheit der Kernkraftwerke getan werden.

Verkehr:

- Eine Pkw-Maut wird abgelehnt.
- Ein Börsengang der Bahn wird nach Vorliegen eines Gutachtens beurteilt.
- Die Nachrüstung von Kfz mit Partikelfiltern soll aufkommensneutral steuerlich gefördert und ab 2008 neue Kfz ohne den Standard mit Steueraufschlag belegen.

Forschung:

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Bundes sollen bis 2010 um rund 3 Milliarden Euro über heutiges Niveau steigen.

Agrar / Gentechnik:

- Mit einer Gesetzesnovelle soll die Forschung und Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft forciert werden.
- Pflanzenzüchter sollen für die Schäden, die trotz Vorsorge durch Vermischung herkömmlicher Pflanzen mit Genmaterial auf Nachbarfeldern auftreten, in einen Ausgleichsfonds zahlen.

EU:

- Die Verhandlungen zum künftigen EU-Haushalt sollen rasch abgeschlossen werden. Deutschland soll nicht mehr als ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens an die EU zahlen. Mit Hilfe eines Korrekturmechanismus zum Ausgleich übermäßiger Nettobelastungen soll eine weitgehende Belastungsneutralität für Deutschland erreicht werden.
- Die Zusagen aus dem EU-Agrar-Finanzkompromiss von Oktober 2002 werden nicht in Frage gestellt.

Entwicklungshilfe:

- Es bleibt bei den Zusagen im Rahmen eines Stufenplans der EU. Bis 2006 sollen 0,33 Prozent und bis 2010 mindestens 0,51 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufgebracht und das UNO-Ziel von 0,7 Prozent spätestens bis 2015 erfüllt werden.

MdB Anette Kramme zum Thema ...**Hartz IV / Kommunal Finanzen**

PRESSEMITTEILUNG

MdB Kramme gegen regionale Staffelung von ALG II

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme kritisiert die Pläne der Union für eine regionale Staffelung beim Arbeitslosengeld II (ALG II). Dies würde bedeuten, dass eine Angleichung der Regelsätze in Ost und West nicht kommen werde. „Dieser Vorschlag heißt aber auch, dass in Teilen West-Deutschlands der Regelsatz verringert werden müsste“, erklärt MdB Kramme. Gerade für Oberfranken könnte dies Verringerungen des Regelsatzes nach sich ziehen. Dies sei nicht akzeptabel.

Anette Kramme spricht sich klar für einheitliche Regelsätze in Ost und West aus. Die Bundesregierung habe bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet. „Wir müssen endlich aufhören, die Ostdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ zu behandeln. Im Sinne des Zusammenwachsens brauchen wir ein gemeinsames Niveau des ALG II.“ Kramme macht deutlich, dass es nur eine Angleichung nach oben geben könne – und zwar im Osten auf Westniveau und nicht umgekehrt.

Bayreuth, den 07.09.2005

PRESSEMITTEILUNG

MdB Kramme fordert Neuordnung der Finanzbeziehungen

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme unterstützt die Forderung des Kreistags Wunsiedel nach einer Verbesserung der Kommunalen Finanzsituation. Die Abgeordnete sicherte Landrat Dr. Peter Seißer zu, sich für eine umfassende Gemeindefinanzreform im Deutschen Bundestag stark zu machen. Erste Schritte seien laut Kramme bereits angegangen worden, davon profitierten auch die bayerischen Kommunen. Laut Statistischem Landesamt sind die Einnahmen der Kommunen im ersten Halbjahr um elf Prozent auf gut vier Milliarden Euro angestiegen. Das Plus ist insbesondere auf die wachsenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen. Einen Anlass zur Entwarnung sieht MdB Kramme jedoch noch nicht. Die Haushaltslage vieler Kommunen sei nach wie vor katastrophal. „Die Belastungen des Landkreises Wunsiedel beispielsweise sind weiterhin dramatisch“, erklärt MdB Kramme. Zurückzuführen sei dies auch auf die Arbeitsmarktreform Hartz IV, so die Abgeordnete weiter: „Einer hohen Zahl von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern steht im Landkreis Wunsiedel eine geringe Anzahl von ehemaligen Sozialhilfeempfängern gegenüber.“ Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe

und Sozialhilfe seien die vom Landkreis zu tragenden Unterhaltszahlungen nun drastisch angestiegen – im Gegenteil zu zahlreichen bayerischen Großstädten, die deutliche Entlastungen zu verbuchen hätten. Die Abgeordnete sieht im Fall Wunsiedel nicht nur den Bund in der Pflicht, sondern auch den Freistaat Bayern. Dieser müsse laut Kramme im Rahmen eines kommunalen Finanzausgleichs die Be- und Entlastungen der Kommunen ausgleichen.

Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen hält die SPD-Politikerin für unabwendbar. „Zurzeit können sich Bund und Länder gegenseitig den Schwarzen Peter zuspielen. Damit muss endlich Schluss sein“, fordert die Bayreuther Abgeordnete. „Wir brauchen klar geregelte Zuständigkeiten und damit einhergehend eine sichere und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen.“ Dazu gehöre beispielsweise auch die grundgesetzliche Verankerung des Konnexitätsprinzips.

Bayreuth, den 31.10.2005

PRESSEMITTEILUNG

Hartz IV: Freistaat ist gefragt

„Hartz IV bringt zunächst nicht für alle Kommunen die versprochene Entlastung“, räumt die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ein. In Oberfranken seien insbesondere die Landkreise, darunter auch Bayreuth, hohen Belastungen ausgesetzt. Laut Kramme sei dies auf die strukturellen Gegebenheiten zurückzuführen: „Einer hohen Zahl von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern steht eine geringe Anzahl von ehemaligen Sozialhilfeempfängern gegenüber.“ Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe seien die vom Landkreis zu tragenden Unterhaltszahlungen nun drastisch angestiegen. Die Abgeordnete

hatte diese Problematik bereits Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement geschildert. Dieser bekräftigte die Zusage des Bundes, alle Kommunen deutschlandweit um 2,5 Mrd. Euro zu entlasten. „Es ist jedoch möglich, dass in einzelnen Kommunen keine unmittelbare Entlastungswirkung eintritt“, informierte Clement in seinem Schreiben an die Bayreuther Abgeordnete. Als Gewinner der Reform bezeichnete Wolfgang Clement die kreisfreien Städte, die größtenteils deutliche Entlastungen zu verzeichnen hätten.

(Fortsetzung auf Seite 15)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 14)

Grundsätzlich offenbare die Diskussion über Be- und Entlastung der Kommunen im Bereich der Arbeitsmarkt-reform ein Dilemma der Finanzarchitektur der Bundesrepublik, so MdB Kramme: „Derzeit gibt es keine direkten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen.“ Der Bund könne lediglich dafür sorgen, dass alle Kommunen eines Landes insgesamt entlastet werden. Um die Be- und Entlastungen durch die Hartz IV-Reform auszugleichen, seien nun die Länder, also der Freistaat Bayern, gefragt.

„Es ist ergänzende Aufgabe der Länder, nicht nur ihre Einsparungen durch die Reform vollständig und zielgenau an die Kommunen weiterzuleiten, sondern darüber hinaus im Rahmen eines kommunalen Finanzausgleichs die unterschiedlichen Be- und Entlastungen der einzelnen Kommunen mittels eines kommunalen Finanzausgleichs auszugleichen“, teilte Bundesarbeitsminister

Clement der Bayreuther Abgeordneten mit. Und weiter: „Insbesondere Kommunen mit einem in der Vergangenheit vergleichsweise höheren Anteil von ehemaligen Sozialhilfeempfängern bei einem zusätzlich vergleichsweise geringen Mietniveau werden durch die Hartz IV-Reform stärker entlastet und könnten demnach im Rahmen eines kommunalen Ausgleichs die Belastungen anderer Kommunen ausgleichen.“

MdB Kramme spricht sich klar für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus. „Das Schwarze-Peter-Spiel zwischen den föderalen Ebenen wird ohne eine Reform der Finanzverfassung noch unendlich weitergehen. Wir brauchen klare Zuständigkeiten und eine verlässliche Finanzausstattung der Kommunen.“

Bayreuth, den 03.11.20

EU-Förderung für Grenzregionen

PRESSEMITTEILUNG

Kramme fordert rasche Einigung auf EU-Ebene

Die Vorschläge der EU-Kommission, in der kommenden Finanzierungsperiode von 2007 bis 2013 den ostbayerischen Grenzregionen einen eigenen Förderstatus zuzuerkennen, wurden von der Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme ausdrücklich begrüßt. Die Förderung von Investitionen in Oberfranken, in der Oberpfalz und in Niederbayern mit europäischen Geldmitteln werde damit auch in Zukunft ermöglicht. Besonders freute sich die Abgeordnete, dass offensichtlich die gesamte Region Oberfranken zum Fördergebiet erklärt wurde. „Eine Beschränkung auf die Ziel-2-Gebiete Hof und Wunsiedel wäre kaum nachvollziehbar gewesen“, so Kramme. Auch die übrigen Landkreise hätten mit dem schwierigen Strukturwandel und lang anhaltender hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Auch die Beschränkung des vielerorts beklagten Fördergefälles zwischen Ostbayern und dem neuen EU-Mitglied Tschechien auf maximal 20 Prozent sei positiv für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortbedingungen der bayerischen Grenzregionen. „Der Anreiz, Betriebe nur wegen höherer Förderungen nach Tschechien zu verlagern, kann dadurch abgeschwächt werden“, so Kramme. Die Bayreuther Abgeordnete fordert nun eine rasche Einigung innerhalb der EU, um die wertvolle Strukturpolitik auch nach 2006 fortsetzen zu können. Kramme erwartet nun von der Bundesregierung volle Unterstützung für Oberfranken. „Für unsere arg gebeutelte Region ist der Vorschlag seitens der EU ein überaus positives Zeichen“, heißt es in ihrem Schreiben an das für die EU-Förderung zuständige Finanzministerium.

Bayreuth, den 16.09.2005

PRESSEMITTEILUNG

Grenzregionen sollen Förderung erhalten

„Die Bundesregierung stellt keineswegs die künftige EU-Förderung für Oberfranken in Frage“, widerspricht die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme dem oberfränkischen Europaabgeordneten Joachim Würmeling (CSU). Die Bayreuther Abgeordnete hatte im zuständigen Finanzministerium nachgehakt. Dort versicherte man ihr, dass es keinen Antrag gebe, den Sonderstatus für die Grenzregionen zu streichen. Die Bundesregierung halte vielmehr daran fest, die neuen Binnen- und Außengrenzen der Europäischen Union in den Förderkatalog aufzunehmen. „Lediglich die Förderung an den alten

Binnengrenzen, etwa zu Frankreich, werden von der Bundesregierung in Frage gestellt“, so MdB Kramme. Ziel der europäischen Strukturpolitik in der Förderperiode ab 2007 müsse es laut Bundesregierung sein, eine stärkere Konzentration der Förderung auf die bedürftigsten Regionen in der erweiterten Union zu erreichen. „Es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten und Regionen, die über Jahre oder Jahrzehnte die Solidarität und Unterstützung der Gemeinschaft erfahren haben, nun ihrerseits solidarisch mit den noch Bedürftigeren sind“, heißt es von Seiten der Bundesregierung.

Bayreuth, den 13.10.2005

PRESSEMITTEILUNG

Bundesregierung unterstützt Vorschlag der Kommission

„Die Bundesregierung wird sich mit Nachdruck für die Umsetzung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Regelungen zur künftigen EU-Strukturpolitik einsetzen“, dies erfuhr die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus dem zuständigen Bundesfinanzministerium. Die Abgeordnete hatte sich an den Parlamentarischen Staatssekretär Karl Diller gewandt und um Unterstützung des Fördergebietplafonds, von dem auch die ostbayerischen Grenzregionen profitieren können, gebeten. „Die Bundesregierung hatte sich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine entsprechende substanzielle Regionalförderung auch außerhalb der Höchstfördergebiete möglich bleibt“, informierte Diller die Bayreuther SPD-Politikerin.

Die Ausgestaltung der Fördergebietenkategorie bedarf der Abstimmung auf Bundes- und Landesebene. Die hierfür notwendigen Vorbereitungen auf Arbeitsebene sind laut Diller im Unterausschuss der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ angelaufen. „Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass es dort zu einem sachgerechten Ergebnis kommt“, versicherte der Parlamentarische Staatssekretär in seinem Schreiben an MdB Kramme.

Bayreuth, den 02.11.2005

Studiengebühren

PRESSEMITTEILUNG

MdB Kramme: Studiengebühren verfehlt und rückschrittlich

Als bildungspolitisch verfehlt und rückschrittlich bezeichnet die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme das Studiengebührenmodell der bayerischen Staatsregierung, das am Dienstag vorgestellt wurde. „Bildung sollte unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern sein. Mit der Einführung von Studiengebühren wird jedoch genau dies in Frage gestellt“, so die Abgeordnete. Daran ändere sich auch nichts, wenn sie über zinsgünstige Kredite vorfinanziert und erst nach Eintritt ins Berufsleben fällig würden. „Wer ohne finanzielles Polster studiert, sitzt nachher auf Schulden – ohne Garantie auf ein hohes Einkommen, denn diese Garantie gibt es auch für Akademiker längst nicht mehr.“ Kinder aus sozial schwächeren Familien werden sich von Gebühren oder einer drohenden Schuldenlast nach dem Studium weit stärker von einem Studium abschrecken lassen als bisher, befürchtet die Bayreuther Abgeordnete.

Die von der Staatsregierung angeführte soziale Abfederung, insbesondere die vorgesehenen Ausnahmetatbestände, sieht MdB Kramme zudem als unzureichend an: „Von BAföG-Empfängern Studiengebühren zu kassieren ist schlichtweg widersinnig.“ Auch das Deutsche Studentenwerk fordert, BAföG-Empfänger von Studiengebühren zu befreien.

Dass die zusätzlichen Einnahmen aus den Gebühren auf Dauer bei den Universitäten bleiben, bezweifelt Kramme: „Die internationalen Erfahrungen aus Großbritannien oder Australien belegen, dass sich die öffentliche Hand, also in unserem Fall die Länder, schrittweise aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen.“

Der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung wird in den nächsten Wochen an die Hochschulen, die Studierendenvertretungen und die betroffenen Verbände zur Stellungnahme geleitet. Bereits für Anfang Dezember ist die erste Lesung angekündigt.

Bayreuth, den 31.10.2005

Antidiskriminierungsgesetz

PRESSEMITTEILUNG

Antidiskriminierungsgesetz gescheitert

Enttäuscht zeigte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme von der endgültigen Blockierung des Antidiskriminierungsgesetzes im Vermittlungsausschuss durch Union und FDP. Damit werde den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern der notwendige Diskriminierungsschutz im Arbeits- und Zivilrecht weiter vorenthalten. „Union und FDP geht es wieder einmal allein um wirtschaftliche Interessen. Die von Diskriminierung betroffenen Bürgerinnen und Bürger scheinen der Opposition gleichgültig zu sein“, kritisiert MdB Kramme. Zudem sei Deutschland bei der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien erheblich im Verzug und ein Vertragsverletzungsverfahren sei schon in Gange. „Nun muss das Gesetzgebungsverfahren nach der Wahl ganz von vorn beginnen.“

Die Union lehnt das Antidiskriminierungsgesetz der rot-grünen Koalition ab, weil es im Zivilrecht über die Richtlinien der EU hinausgehe. „Die EU verlangt beispielsweise bei Mietverträgen oder Lebensversicherungen nur ein Diskriminierungsverbot gegenüber Menschen anderer Herkunft. Wir wollen jedoch auch Frauen, Behinderte oder ältere Menschen schützen“, erläutert Kramme.

(Fortsetzung auf Seite 17)

(Fortsetzung von Seite 16)

„Es kann doch nicht angehen, dass ein 50-Jähriger wegen seines Alters nicht eingestellt wird, dass jemandem nur aufgrund seines ausländisch klingenden Namens eine Wohnung vorenthalten wird oder dass einem Rollstuhlfahrer der Zutritt zu einem Restaurant nicht gewährt wird“, meint Kramme. Die Union sehe diesen Diskriminierungsschutz jedoch als bloßen Wettbewerbsnachteil. Das kann die Bayreuther Abgeordnete nicht nachvollziehen. „Im Ausland ist man in Sachen Antidiskriminierungsgesetz bereits wesentlich weiter als wir. Die USA, Großbritannien und die skandinavischen Staaten haben schon entsprechende Gesetze“, erläutert Kramme. Dort habe man erkannt, dass diskriminierungsfreies Arbeiten auch betriebswirtschaftlich sinnvoll sei.

Bayreuth, den 07.09.2005

B 303

PRESSEMITTEILUNG

B 303: Trassenführung weiter unklar

Bei einem Treffen mit einer Delegation der oberfränkischen Wirtschaft in Berlin teilte Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, mit, dass an der bestehenden B 303 durchs Fichtelgebirge weitere Zusatzstreifen gebaut werden sollen. Auf Nachfrage wurde nun der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme versichert, dass nur an bestimmten Engstellen zusätzliche Fahrstreifen entstehen sollen. Dies betreffe beispielsweise die B 303 bei Bischofsgrün, wo die Ausbaumaßnahme bereits im Gang sei. „Das bedeutet folglich nicht, dass die „alte“ B 303 die endgültige Fichtelgebirgsquerung wird“, informiert MdB Kramme. Eine Trassenfestlegung für eine eventuell neue Querung des Fichtelgebirges existiere laut Anette Kramme noch nicht:

„Aussagen zu Trassenvarianten, die immer wieder gemacht werden, sind derzeit schlichtweg verfrüht.“ Das Bundesverkehrsministerium habe im Juli den Planungsauftrag für eine B 303neu erteilt. „Damit einher geht die Prüfung aller möglichen Trassen“, so Kramme. Dies sei notwendig, um gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt juristisch auf der sicheren Seite zu sein. „Es könnte im weiteren Verfahren schwerwiegende Folgen haben, wenn eine potenziell in Frage kommende Trasse nicht im ausreichenden Maße untersucht würde“, argumentierte Gleicke gegenüber Kramme.

Bayreuth, den 12.10.2005

PRESSEMITTEILUNG

B 303: Zeitplan wird eingehalten

Die Bauarbeiten an der B 303 im Bereich Birnstengel – Karches liegen im Zeitplan. Dies erfuhr die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus dem Bayerischen Innenministerium. Die Abgeordnete hatte sich nach einem Gemeindebesuch im August auf Bitten des Bischofsgrüner Bürgermeisters Stephan Unglaub nach dem Stand der Ausbaumaßnahme erkundigt.

Derzeit werden an der B 303 der Streckenabschnitt zwischen den Anschlussstellen Birnstengel und Höhenklinik tiefer gelegt. Die Anschlussstelle Höhenklinik inklusive des erforderlichen Kreuzungsbauwerks befindet sich im Bau. „Die Arbeiten werden wie geplant bis Mitte Dezember abgeschlossen sein“, berichtete Innenminister Dr. Günther Beckstein der Abgeordneten. Der Bischofsgrüner Bürgermeister Stephan Unglaub zeigt sich beruhigt, dass der Zeitplan eingehalten werden kann: „Für die Bürgerinnen und Bürger stellen die Bauarbeiten durch Baulärm und Staub eine Belastung dar. Wir alle sind daher froh, wenn die Ausbaumaßnahmen zügig beendet werden.“

Zum weiteren Zeitplan erläuterte Beckstein der Bundestagsabgeordneten, dass das Straßenbauamt Bayreuth momentan die Ausschreibungsunterlagen für die Abschnitte westlich Birnstengel mit Umbau der Anschlussstelle Birnstengel und östlich der Höhenklinik erstelle. „Die Arbeiten sollen 2006 begonnen und bis Ende 2007 abgeschlossen werden“, heißt es im Antwortschreiben an MdB Kramme.

Zwischen Birnstengel und der Höhenklinik wird die B 303 auf rund 600 m Länge tiefer gelegt und verläuft wegen der höhenfreien Kreuzung und der benachbarten Bebauung in einem hohlwegartigen Einschnitt. Die Abgeordnete hatte sich daher beim Bayerischen Innenministerium auch nach den Sicherheitsvorkehrungen in diesem Bereich erkundigt. „In der Abstimmung mit der Unfallkommission und den örtlich zuständigen Rettungskräften wurde festgelegt, dass im Einschnittsbereich eine Notzugangsrampe und eine Böschungstreppe angelegt werden“, erfuhr MdB Anette Kramme nun aus dem Innenministerium. Die Böschung am nördlichen Fahrbahnrand werde laut Beckstein mit einer Gabionenwand gesichert und die am südlichen Fahrbahnrand werde mit einer Neigung von 1:1 angelegt.

„Im Zuge der Planung wurde ebenfalls Augenmerk auf die Durchführung des Winterdienstes bei starkem Schneefall gelegt“, teilte Innenminister Beckstein der Bayreuther Abgeordneten zudem in seinem Antwortschreiben mit. Die gewählte Querschnittsausgestaltung mit 8 m Fahrbahnbreite, jeweils 1 m Bankett und 2 m Entwässerungsrinne biete außerhalb der Fahrbahn ausreichend Fläche zur Aufnahme von großen Schneemengen. Lediglich im Bereich der Gabionenwand sei dieser Querschnitt auf 280 m Länge eingeschränkt. Beckstein versicherte, dass beim Winterdienst dieser Straßeneinschnitt besonders beobachtet werde. Bei sehr großen Schneemengen könne es stellenweise notwendig werden, den Schnee abzufahren.

Bayreuth, den 11.10.2005

Vermischtes

Dankeschreiben des Abteilungsführers der Bundespolizei Bayreuth Carl-Ulrich Stoltz vom 11.11.2005 an MdB Anette Kramme

Sehr geehrte Frau Kramme,

wir alle hier bei der Bundespolizeiabteilung Bayreuth wissen um Ihren ganz persönlichen Einsatz für die Region und insbesondere den Standort Bayreuth der Bundespolizeiabteilung. Wie mir gestern das Bundesinnenministerium in einem Erlass mitteilte, können wir die Liegenschaft unsere Abteilung nunmehr um Teile der ehemaligen Markgrafenkaserne erweitern. Ich denke, dies ist ein weiterer Schritt zur unveränderten Verankerung der Bundespolizeiabteilung hier in Bayreuth. Die Arbeitsbedingungen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mit dieser Erweiterung deutlich verbessert und können uns auch die Option für denkbare weitere Schritte eröffnen. Wenn sich nun nach den Bundestagswahlen und den wohl nicht einfachen Koalitionsverhandlungen die Möglichkeit eröffnet und Ihr Terminkalender noch Freiräume bietet, würden sich die Bayreuther Bundespolizisten über einen Besuch in unserer Liegenschaft und die Möglichkeit eines persönlichen Gedankenaustausches freuen.
Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Carl-Ulrich Stoltz
Abteilungsführer
Bundespolizeiabteilung Bayreuth

PRESSEMITTEILUNG

Bahnsteig Wiesenthau: Keiner will Kosten übernehmen

Die gefährliche Situation am Bahnsteig in Wiesenthau nahm die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme zum Anlass, im Bundesverkehrsministerium um Unterstützung zu bitten. Kramme sieht in der Zusammenlegung der beiden Haltestellen einen Lösungsansatz, denn dadurch könnten querende Fußgängerverkehre reduziert werden. Diese Einschätzung wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke bestätigt. Gleicke hatte sich an die zuständige bayerische Straßenbauverwaltung gewandt und um Erläuterung und Einschätzung der Situation gebeten. „Diese hat daraufhin bestätigt, dass seitens der Deutschen Bahn AG keine grundsätzlichen Einwände gegen die vorgeschlagene Zusammenlegung der Haltestellen bestehen“, berichtet Gleicke. Eine Kostenübernahme werde jedoch mit dem Hinweis auf die nicht innerhalb der eigentlichen Bahnanlage liegende Gefährdung abgelehnt, so die Parlamentarische Staatssekretärin weiter. Diese Position wurde Kramme erneut von der DB AG bekräftigt. Der Konzernbevollmächtigte der DB AG, Klaus-Dieter Josel, informierte die Abgeordnete jedoch über einen Kompromissvor-

schlag. Danach wolle die DB Netz AG die Kosten für die signaltechnische Planung der Anpassungsarbeiten am Bahnübergang in Wiesenthau übernehmen. Die Baukosten sollen aber vom Straßenbaulastträger getragen werden.

„Konträr hierzu sieht der Freistaat Bayern als Baulastträger der Staatsstraße die Lage des jetzigen Bahnsteigs als ursächlich für die Gefährdung an und ist vor diesem Hintergrund nicht zur Kostenübernahme der vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen bereit“, erfuhr Kramme aus dem Bundesverkehrsministerium.

Die Lage schein derzeit verzwickelt zu sein, so die Bundestagsabgeordnete. Kramme erwartet nun von allen Beteiligten, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Auch Staatssekretärin Gleicke hat die bayerische Straßenbauverwaltung um erneute Kontaktaufnahme zu den anderen Entscheidungsträgern und aktives Bemühen um die Entwicklung gemeinsamer Verbesserungsvorschläge gebeten.

Bayreuth, den 11.10.2005

PRESSEMITTEILUNG

Bayern missbraucht Bundesmittel für G 8

Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme berichtet, fließen in diesem Jahr 295 Millionen Euro an Bundesmitteln für den Ausbau von Ganztagschulen nach Bayern. „Dieser Erfolg rot-grüner Politik wird jedoch durch die Bayerische Staatsregierung geschmälert“, kritisiert Kramme. Denn diese missbrauche den größten Anteil der Mittel für die Finanzierung des überstürzt eingeführten achtstufigen Gymnasiums.

Aus den Angaben des Bayerischen Kultusministeriums lasse sich errechnen, dass rund drei Viertel (73 Prozent) der Gesamtsumme an Gymnasien fließen. Ein Fünftel der Gelder gehe an Grund- und Hauptschulen (20 Prozent) und lediglich sechs Prozent entfallen auf die Realschulen. „Besonders bezeichnend ist, dass die Gymnasien nur 11 Prozent aller Schulen in Bayern ausmachen“, führt Kramme weiter aus.

Auch in Bayreuth wird das Übergewicht der Gymnasien bei der Förderung in diesem Jahr deutlich: Graf-Münster-Gymnasium, Gymnasium Christian-Ernestinum, Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasium, Richard-Wagner-Gymnasium

und Wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium stehen der Albert-Schweizer-Volksschule, der Volksschule Bayreuth-Herzoghöhe und der Johannes-Kepler-Realschule gegenüber.

Für die Abgeordnete ist die Sache klar: Die Staatsregierung führt das G 8 ein, bezahlt wird es aber zum großen Teil vom Bund. „Auf den übrigen Kosten bleiben die Kommunen sitzen. Das ist das Konnexitätsprinzip der CSU“, so die Abgeordnete. MdB Kramme sieht es als Unding an, dass gerade Grund- und Hauptschüler wie Stiefkinder behandelt werden: „Bei der Verteilung der Ganztagschulmittel hat die Staatsregierung rechnerisch gerade einmal 72 Euro für einen Hauptschüler übrig, für einen Gymnasiasten sind es 632 Euro.“ Kramme spricht sich klar für eine Fortsetzung des Ganztagschulprogramms aus. Sie fordert jedoch einen gerechten und sinnvollen Einsatz der Mittel: „Es darf nicht nur eine Schulart bevorzugt werden.“

Bayreuth, den 08.09.2005

PRESSEMITTEILUNG

Kramme: Haushaltstitel für Radwege muss erhalten bleiben

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme spricht sich klar für eine Fortführung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) auch in der kommenden Legislaturperiode aus. Dies geht aus einem Schreiben der Bayreuther Abgeordneten an den Bund Naturschutz, Ortsgruppe Creußen, hervor. „Mit dem NRVP hat die rot-grüne Bundesregierung die Grundlage für eine umfassende Förderung des Radverkehrs auf allen politischen Ebenen geschaffen“, so Kramme in ihrem Schreiben. Die Bundestagsabgeordnete werde sich zudem dafür einsetzen, den gesonderten Haushaltstitel zur Finanzierung von Radwegen an Bundesstraßen beizubehalten. „Seit 2002 stehen 100 Mio. Euro jährlich für den Radwegbau an Bundesstraßen zur Verfügung“, führt Kramme weiter aus.

Die Abgeordnete sieht in der Fahrradpolitik einen wichtigen Bestandteil einer modernen Verkehrspolitik. „Radverkehrspolitik trägt zur umweltgerechten Verbesserung der Mobilität bei und reduziert die Mobilitätskosten der Bürgerinnen und Bürger“, argumentiert MdB Kramme. Als dringend erforderlich bezeichnet die SPD-Politikerin die Realisierung des Radweges entlang der B 2 zwischen Hörhof und Wolfsbach. „Das Risiko für Radfahrer ist auf der viel befahrenen Bundesstraße, die noch dazu an zahlreichen Stellen unübersichtlich und eng ist, sehr hoch“, erläutert MdB Kramme. Auch aus tourismuspolitischer Sicht sei der Radweg wichtig: „Der Radtourismus gewinnt auch bei uns immer mehr an Gewicht. Ausgebaute Radwege sind für dessen Förderung ein unerlässlicher Baustein.“ Um das Projekt Radweg zwischen Creußen und Wolfsbach weiter voranzubringen, fordert Kramme nun auch die Unterstützung der Bundesregierung.

Bayreuth, den 17.10.2005

PRESSEMITTEILUNG

Westumgehung im nächsten Fünfjahresplan

Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus dem Bundesverkehrsministerium erfuhr, wird die Westtangente der Südumgehung Forchheim nach bisherigen Planungen in den Investitionsrahmenplan von 2005 bis 2010 aufgenommen. „Aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Nutzens und der Netzwirkungen hat die Westumgehung eine herausragende Stellung in den Bedarfsplänen“, betont der Parlama-

rische Staatssekretär Achim Großmann gegenüber MdB Kramme. Die Abgeordnete hatte sich zusammen mit ihrem Kollegen Thomas Silberhorn für eine schnelle Realisierung des Projekts stark gemacht. Diese sei mit der Aufnahme in den Fünfjahresplan in greifbare Nähe gerückt.

Mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort weiter zu verbessern, legt das Bundesverkehrsministerium

einen „Investitionsrahmenplan von 2005 bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes“ (IRP) vor. Damit wird laut Großmann der gesetzliche Auftrag zur Aufstellung von Fünfjahresplänen gemäß Fernstraßenausbaugesetz erfüllt. „Aufgabe des IRP ist es, diejenigen Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs zu identifizieren, die aufgrund eines überdurchschnittlichen Nutzens vorrangig realisiert werden sollen.“

Bayreuth, den 14.09.2005

PRESSEMITTEILUNG

MdB Kramme: „Wir brauchen die Ausbildungsumlage“

„Die Bundesregierung kann keine Ausbildungsplätze schaffen. Das ist Aufgabe der Wirtschaft“, stellte die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme bei dem von ihr initiierten Fachgespräch zur Jugendarbeitslosigkeit in der AWO-Geschäftsstelle in Forchheim fest. Erklärtes Ziel der rot-grünen Koalition sei es, keinen Jugendlichen unter 25 Jahren länger als drei Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung zu lassen.

Zahlreiche Maßnahmen zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, wie „Jump“ oder „Jump plus“, wurden seit 1998 gestartet. Kritisch äußerte sich MdB Kramme zum Pakt für Ausbildung, mit dem „nur zunächst auf die Ausbildungsumlage verzichtet wird“. Die Abgeordnete sah das Ziel des Paktes, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, deutlich verfehlt. „Mittelfristig brauchen wir die Ausbildungsumlage“, forderte Kramme.

Zuspruch zu dieser Forderung kam von Werner Schnabel, DGB-Regionsvorsitzender Bamberg-Forchheim. „Sicherlich sind durch den Pakt neue Ausbildungsplätze geschaffen worden. Gleichzeitig sind aber auch tausende alte weggefallen“, untermauerte Schnabel seinen Wunsch nach der Umlage. „Die Betriebe bilden schlicht zu wenig aus. Gab es 2001 noch 565 Ausbildungsplätze

in Forchheim, haben wir in diesem Jahr nur noch 269 Lehrstellen.“

Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage von Lehrstellen gehe immer weiter auseinander. Dies konnte auch Robert Saffer, Leiter der Forchheimer Agentur für Arbeit, unterstreichen. Ende August standen 290 Bewerbern lediglich 63 unbesetzte Stellen zur Verfügung, eine Quote von 1:4,6. Im letzten Jahr stellte sich dieses Verhältnis noch günstiger dar. Besonders problematisch sei die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen zwischen 20 und 25 Jahren. Saffer machte auch auf das Spannungsverhältnis von regulären Ausbildungsstellen und subventionierten Maßnahmen aufmerksam. Nichtsdestotrotz seien letztere wichtig, „um Jugendliche nicht in der Versenkung verschwinden zu lassen“. Diese Meinung teilte auch Klemens Mayek vom Bildungsträger „Konzept Bildung“, der im Gegenzug jedoch die Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit kritisierte, die gerade kleinere Bildungsträger benachteilige. MdB Kramme verwies darauf, dass die Vergaberichtlinien seitens der Bundesagentur festgelegt werden. Die Bundesregierung habe jedoch die Problematik erkannt und führe ständig Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit.

Bayreuth, den 06.09.2005

MdB Anette Kramme besucht**Stadt Pottenstein**

NN vom 10.09.2005

**Wunden einer Stadt
Anette Kramme (SPD) hört die Sorgen Pottensteins**

Pottenstein. „Genau hier im Café Mager hab ich mein erstes Eis gegessen, als ich frisch herkam!“, erinnert sich MdB Anette Kramme. „Das war am 13. Oktober 1987. Da hat mich die Tochter meiner Vermieterin aus Mistelbach zum Ausflug nach Pottenstein gefahren.“

Jetzt war die SPD-Abgeordnete zusammen mit MdL Dr. Christoph Rabenstein auf Wahlkampftour, vor Terminen auf Gut Schönhof, in der Moschee St. Georgen und im Altenheim zum Thema „Nachtzuschlag“.

Bürgermeister Stefan Frühbeißer nannte ihr seine Probleme: Der Staat stockt zwar die Finanzen auf, „aber wie viel wird mir dafür anderswo weggenommen? Wie groß sind die Haushalts-Schwankungen? In einem Jahr kommen wir zurecht, im nächsten sacken wir so ab, dass ich nimmer weiß, wo hinten und vorn ist.“ Anette Kramme beruhigte, dass die SPD immerhin die Gewerbe-Einnahme verbesserte. „Wir wollten auch noch die Freiberufler reinnehmen und Steuerlöcher stopfen. Da sind uns Milliarden weggenommen worden, weil die Union nicht mitzog.“ Christoph Rabenstein kritisierte wie hier Edmund Stoiber „auf Kosten der Kommunen spart – ein reiner Verschiebeparkplatz!“

Will Stefan Frühbeißer an Zuschüsse für Wasser und Kanal kommen, muss er drei Jahre warten: „Das vorzufinanzieren, ist eine immense Last! Dadurch kann ich keine größere Maßnahme mehr beginnen.“ Die nächste Bürde ist der Unterhalt von Straßen, Schulen und Kindergärten. Alle wurden vor 30 Jahren, als viel Geld floss, gebaut und sind marode. „Erst wenn wir 1,4 Millionen Euro ausgeben,

kommen wir an Fördermittel. Das ist ein Tot-Kriterium. Wieso soll ich so viel Geld ausgeben, nur um an das Geld zu kommen?“

Kramme und Rabenstein hörten ihm aufmerksam zu. Die Abgeordnete ergänzte aus Bundessicht: „Wir sind bei solchen Dingen mit 170 Milliarden Euro an Investitionen im Rückstand...“ Rabenstein schüttelte den Kopf: „Da besser anzupacken, das wäre doch eine Wirtschaftsförderung sondergleichen. Alle Handwerker hätten zu tun.“

Anette Kramme hörte weiter von den Folgen der hohen Spritpreise für die Pendler, von den Nachteilen des schlechten Busverkehrs für Azubis (die außerhalb lernen) und vom schwachen Umgang Bayerns mit vier Milliarden Bundesmitteln, welche die Ganztagsbetreuung an Schulen fördern sollen. „Ist davon irgendwas nach Pottenstein an die Schule gekommen?“, fragte Kramme. „Bayern verwendet es nur fürs Gymnasium, für die G 8. Das ist 'ne Sauerei.“

Das nächste Thema war der Tourismus. Stefan Frühbeißer hoffte auf kreative Wirte, die leer stehende Gasthäuser zum Blühen bringen, auf Tourismuszentralen, die das Angebot für Senioren und Behinderte bündeln und auf Schulungen für Vermieter. „Wir haben teils Top-Häuser und teils das glatte Gegenteil.“ Ein Anliegen war ihm (und Kramme), verstädterte Jugendliche in die Natur zu bringen. „Ich denke, viele Kinder wissen nicht, ob Erdbeeren am Baum oder am Strauch wachsen.“

tk

NK vom 10./11.09.2005

Geologischer Lehrpfad rund um Hohenmirsberg?**SPD-Abgeordnete gestern zu Gast in Pottenstein – Bürgermeister: Leicht rückläufige Übernachtungszahlen**

Pottenstein. Breit gefächert war die Themenpalette beim gestrigen Gemeindebesuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme und ihres Landtagskollegen Dr. Christoph Rabenstein in Pottenstein.

Bürgermeister Stefan Frühbeißer betonte dabei, dass es „höchste Zeit“ sei, Angebote in der Fränkischen Schweiz für Behinderte zu sammeln und diese auch in einer Broschüre zu veröffentlichen. Als gefordert sah hier Pottensteins Stadtoberhaupt die Ebermannstädter Tourismuszentrale und den Tourismusverband Franken. Wie Frühbeißer zum Thema Tourismus informierte, sei für dieses Jahr absehbar, dass die Übernachtungszahlen im Felsenstädtchen leicht rückläufig im Vergleich zur Vorjahr werden. Diese seien aber mit rund 190 000 Übernachtungsgästen nach wie vor auf einem hohen Niveau. Als etwas Einmaliges in ganz Bayern bezeichnete Frühbeißer den Fossilienklopfplatz bei Hohenmirsberg. Dieses Angebot soll von dort ausgehend nun auch noch um einen neu

einzurichtenden geologischen Lehrpfad erweitert werden, kündigte er an. Kramme meinte, dass das touristische Angebot in der Fränkischen Schweiz und im Fichtelgebirge gerade für Behinderte und Senioren im Vergleich zu anderen Ferienregionen „arg unterdurchschnittlich“ sei. Nach Meinung von Frühbeißer seien die Vermieter gefordert, sich zusammzusetzen, neue Ideen für den Gast zu entwickeln und auch die Schulen müssten Natur näher bringen.

Weiterhin monierte Frühbeißer die Gleichschaltung der Ferienzeiten in vielen Bundesländern und verwies darauf, dass man deutlich spüre, dass die Familien im Urlaub nicht mehr so viel ausgeben könnten. Zu den Kommunalfinanzen merkte er an, dass die Mittel im Finanzausgleich zwar aufgestockt wurden, diese den Kommunen aber auf anderer Seite wieder weggenommen werden.

(Fortsetzung auf Seite 22)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 21)

Eine konkrete Haushaltsplanung ist auch wegen der unsicheren Gewerbesteuererinnahmen nicht mehr möglich. Ein großes Problem für Pottenstein sei die Vorfinanzierung auf mindestens drei Jahre für derzeit laufende Kanalbaumaßnahmen. Zuschüsse in Höhe von 1,4 Millionen Euro dafür liegen vom Freistaat derzeit auf Eis.

Diese muss die Stadt mit einem Kredit zwischenfinanzieren und die Kosten dafür müssen auf die Bürger umge-

legt werden. Auch die anstehende Sanierung der Volksschule Pottenstein war ein Thema. Als Unding bezeichnete es Frühbeißer dabei, dass die Stadt erst eine 25-prozentige Förderung bekäme, wenn sie 1,4 Millionen Euro investieren würde. Er forderte deshalb eine Herabsetzung der Förderschwelle.

tw

Heilpädagogisches Zentrum in Bayreuth

PRESSEMITTEILUNG

Unverständnis bei Abgeordneten

Die Sparmaßnahmen des Bezirks Oberfranken bei der Ferienbetreuung behinderter Kinder waren das zentrale Thema beim Besuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme im Heilpädagogischen Zentrum (HPZ). Die Abgeordnete, in Begleitung der Beauftragte für Behindertenpolitik der SPD-Landtagsfraktion, Christa Steiger, war auf Einladung des Elternbeirats zu einem Gespräch ins HPZ gekommen. Auf dem Programm stand zunächst ein kurzer Rundgang durch das noch durch Umbaumaßnahmen gezeichnete Internat. Die neuen Appartements und die sanierten Bäder stießen bei Kramme und Steiger auf Begeisterung. „Das Internat strahlt bereits farbenfrohe Gemütlichkeit aus“, meinte Kramme, und sei nicht wieder zu erkennen. Einige Wochen werden die Bauar-

beiten noch andauern. Das Ergebnis werde sich jedoch sehen lassen können, so die Abgeordnete, die sich auch freute, dass Bundesmittel aus dem Ganztagsschulprogramm in den Umbau des Internats fließen.

Beim anschließenden Gespräch mit der Elternbeiratsvorsitzenden Andrea Weinkopf und dem Leiter des Wohnheims, Dieter Feldbaum, machte MdB Kramme keinen Hehl daraus, dass sie die Sparmaßnahmen des Bezirks strikt ablehne. Ein nichtbehindertes Kind könne die Ferientage auch einmal alleine verbringen, indem es an Jugend- und Ferienmaßnahmen teilnehme oder bei Freunden untergebracht sei, so die Abgeordnete. Ein behindertes Kind hingegen sei auf Betreuung angewiesen, die nach Beschluss des Bezirks künftig von dem Großteil der Eltern oder ande-

ren Angehörigen aufgebracht werden müsse. „Das bedeutet, dass die Eltern ihre Kinder rund 14 Ferienwochen im Jahr alleine zu betreuen haben. Nicht nur bei allein erziehenden Elternteilen ist dies neben dem Beruf kaum möglich“, kritisierte MdB Kramme. Auch Christa Steiger zeigte sich empört über das Verhalten des Bezirks. Im Landtag sei ein einstimmiger Beschluss – was nicht allzu häufig vorkomme – gegen diese Sparmaßnahme des Bezirks Oberfranken gefasst worden. „Zahlen sind dem Bezirk augenscheinlich wichtiger als Menschen“, resümierte Kramme. Doch dagegen müsse man ankämpfen. Es könne nicht angehen, dass Einsparungen auf dem Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft ausgetragen werden.

Bayreuth, den 16.09.2005

Firma Piasten in Forchheim

PRESSEMITTEILUNG

„Piasten hat eine Zukunft“

Einen süßen Wahlkampftermin erlebte die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme bei der Forchheimer Schokoladenfabrik Piasten. Die Abgeordnete wollte sich nach der Trennung von Cadbury über die Zukunft des fränkischen Traditionsunternehmens informieren.

Obwohl Piasten entgegen dem Trend auf dem Süßenwarenmarkt deutliche Zuwächse zu verzeichnen hat, gibt es auch Problemereiche. Bertram Strothmann, neben Michael Seidl und Rolf Schröppel Geschäftsführer von Piasten, kritisierte insbesondere die bestehende EU-Zuckermarktordnung. MdB Kramme konnte in diesem Punkt zwar keine direkte Abhilfe zusagen, versprach aber, die Problematik im Wirtschaftsministerium anzusprechen. Erfreut zeigte sich die Abgeordnete, dass das Unternehmen den derzeitigen Personalstand halten wolle. Dies sei gerade angesichts der Schließung von Kimberly & Clark für die Region ein positives und wichtiges Zeichen.

Kritik übte Geschäftsführer Seidl auch am bestehenden Arbeitsrecht. Er forderte deutliche Erleichterungen für mittelständische Unternehmen. Hier stieß er jedoch bei Kramme auf Ablehnung. Die Abgeordnete sprach sich klar für die bestehenden Kündigungsschutzregelungen aus: „Auch Arbeitnehmer brauchen Sicherheiten. Wer kauft sich ein Sofa oder gar ein Auto, wenn er nicht weiß, wie lange er noch einen Job hat“, argumentierte MdB Kramme.

Beim abschließenden Werksrundgang konnte die Abgeordnete nicht nur einen Einblick in die vielfältige Produktpalette von Piasten erhalten, sondern sich auch ausgewählte Pralinen auf der Zunge zergehen lassen. Fazit von Anette Kramme blieb: „Piasten hat eine Zukunft.“

Bayreuth, den 13.09.2005

„Piasten hat Zukunft“

MdB Anette Kramme überzeugt sich bei Süßwarenhersteller

Forchheim. „Unsere Alternative war die bessere“, sagte Michael Seidl, einer der drei Geschäftsführer der Firma Piasten. Vor drei Monaten haben die Forchheimer Manager, die vom Mutterkonzern Cadbury eingesetzt waren, diesem Piasten wieder abgekauft. Zwei Möglichkeiten hatte es damals gegeben. Zum einen eine Teilverlagerung der Produktion oder die – Schließung des Standortes Forchheim. Aber die drei sahen eine Zukunft und wagten den Schritt, wobei die dem Mutterkonzern die Überlebensfähigkeit nachweisen mussten. Also gibt es jetzt keine Bonbons aus der Türkei, sondern Süßigkeiten

made in Forchheim. Sogar eine „siebenstellige Zahl“ wurde laut Management in den Standort investiert.

„Der Standort ist erhaltenswert“, betonen auch Bertram Strothmann und Rolf Schröppel, die anderen beiden Geschäftsführer. Allerdings sei der Schritt, sich von Piasten zu trennen, aus Sicht des Mutterkonzerns Cadbury „verständlich“ gewesen. In Frankreich seien zwei Werke verkauft, in Großbritannien sogar geschlossen worden. Jetzt überlege Cadbury sogar, sich von der Getränkepartie zu trennen. Erfreut zeigte sich MdB Anette Kramme (SPD) bei einem Besuch in dieser Woche, dass in Forchheim der Personalstand gehalten wurde.

Forchheimer Seniorenbüro

PRESSEMITTEILUNG

Abgeordnete im Seniorenbüro

In den tatsächlichen Ruhestand wollen sich viele Seniorinnen und Senioren gar nicht mehr begeben. Das Gegenteil ist der Fall: Die Mehrzahl der älteren Menschen möchte weiterhin am gesellschaftlichen Leben aktiv teilhaben. Hier setzt das Seniorenbüro in der Forchheimer Sattlertorstraße an. Davon konnten sich am vergangenen Freitag auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme sowie Dr. Daniel Höltgen, SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Bamberg-Forchheim, ein Bild machen.

„Wenn die Bedingungen stimmen, sind viele Seniorinnen und Senioren zu einer Fortsetzung oder sogar Ausweitung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft bereit“, stellte Kramme eingangs fest. Auch Dr. Thea Rank, Forchheimer SPD-Stadträtin, bestätigte: „Viele ältere Menschen suchen eine sinnvolle Aufgabe, soziale Kontakte und aktive Teilhabe.“ Das Seniorenbüro mit oft über 40 Veranstaltungen im Gesetze.“

Monat und 19 Arbeitsgruppen biete hierfür den idealen Ort.

Besonderes Augenmerk richtete Rank auf das Erfahrungswissen, das ältere Menschen einbringen könnten. Sie verwies auf den Arbeitskreis „GenerationenTreffe“, bei dem in Kooperation mit Schulen und Kindergärten mit Kindern gelesen, vorgelesen und erzählt wird. „So was müsste es in ganz Deutschland geben“, zeigte sich Kramme von dem Projekt, das bereits vom Bundesfamilienministerium ausgezeichnet wurde, beeindruckt. Die junge Generation könne so von dem Erfahrungsschatz der Seniorinnen und Senioren profitieren.

Höltgen und Kramme erfragten bei ihrem Besuch auch die Wünsche des Seniorenbüros. Diese seien einerseits finanzieller Art, so Johannes Friedrich vom Leitungsteam des Seniorenbüros: „Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement müssen verbessert werden.“ Andererseits wünsche man sich aber

auch mehr ideelle Unterstützung von Seiten der Verantwortlichen.

Abschließend ging MdB Kramme auf das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Antidiskriminierungsgesetz ein. Dieses sehe auch konkrete Verbesserungen für ältere Menschen vor. „Es kann nicht angehen, dass ein 50-Jähriger wegen seines Alters nicht eingestellt wird oder dass ein 72-Jähriger keine Kfz-Versicherung mehr abschließen kann“, begründete Kramme die Gesetzesinitiative. Leider sei das Antidiskriminierungsgesetz jedoch von Union und FDP im Bundesrat blockiert worden. Das konnte auch Dr. Daniel Höltgen nicht nachvollziehen: „Im Ausland ist man in Sachen Antidiskriminierungsgesetz bereits wesentlich weiter als wir. Die USA, Großbritannien und die skandinavischen Staaten haben schon entsprechende Gesetze.“

Bayreuth, den 13.09.2005

NK vom 04.11.2005, S. 25

Müntes Rücktritt und Ritas Schwimmbad

Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Thurnau mit Bundestagsabgeordneter Anette Kramme

Thurnau. Auf den ersten Blick haben Münteferings Rücktritt und das Thurnauer Schwimmbad nichts miteinander zu tun. Dann aber doch: Zwei Themen, die in den Riegen der SPD heiß diskutiert wurden.

Eine Analyse der Bundestagswahl vom 18. Oktober [September] hatte er sich vorgenommen, doch die personellen Turbulenzen an der Parteispitze wirbelten die Tagesordnung der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Thurnau durcheinander. Deutliche Kritik und mahnende Worte an die Bundesgenossen wurden laut – zumal mit Anette Kramme an diesem Abend in der Schorrmühle eine Bundestagsabgeordnete mit am Tisch saß. Das Statement des Vorsitzenden Stefan Wunderlich zu den Vorgängen in Berlin war höflich formuliert und nüchtern vorgetragen. Aber die Verärgerung bis hin zur Verdrossenheit war in seinen Worten unüberhörbar. „Uns an der Basis bleibt nun wieder die Aufgabe, das den politikverdrossenen Menschen als gegeben nahe zu bringen.“ Die drohende Mehrwertsteuererhöhung war auch eines der Themen, die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme in ihrer Übersicht zum Stand der Koalitionsverhandlungen ansprach. Als großen Erfolg wertete

Kramme, dass das von der SPD geforderte Elterngeld statt des bisherigen Erziehungsgeldes „anscheinend durchgesetzt“ sei. Immer wieder räumte sie ein, dass in der Vergangenheit sowohl inhaltlich wie auch taktisch Fehler gemacht worden seien wie in Sachen Arbeitsmarktpolitik und SGB II.

Zu diesem Punkt und den Themen Finanzen und Staatsverschuldung hakte der SPD-Fraktionssprecher im Thurnauer Gemeinderat, Veit Pöhlmann, nach. Er zweifelte an, dass die hohe Staatsverschuldung das entscheidende Problem sei. Die Verschuldung sei nicht so dramatisch, dass Deutschland kurz vor dem Konkurs stehe. Aber die Atmosphäre werde damit kaputt gemacht. Eine „Riesenbaustelle“ sei die mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer: „Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.“

Am Montag wird die SPD im Gemeinderat einen Antrag auf „Genehmigung von vier Projekten zum Erhalt und zur Attraktivierung des Thurnauer Freibades“ stellen. Bereits kommendes Jahr sollten entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt beziehungsweise die in den Vorjahren für das Bad vorgesehenen Gelder in Höhe von 25.000 Euro pro Jahr verwendet werden.

Bayerische Rundschau vom 04.11.2005, S. 18

Freibad braucht Attraktivierung

SPD stellt Forderungen an die Gemeinde / Thema „Bundespolitik“ mit MdB Kramme

Thurnau. Ein Beachvolleyballfeld, der Umbau des Kinderbeckens samt Einrichtung einer Sitzgelegenheit und die Schaffung einer Möglichkeit zur Erwärmung der Wassertemperatur: Diese Forderungen zum Erhalt und zur Attraktivierung des Thurnauer Freibades richtet der SPD-Ortsverein in einem Antrag an den Marktgemeinderat.

Wie Ortsvereinsvorsitzender Stefan Wunderlich bei einer Mitgliederversammlung in der „Schorrmühle“ betonte, hinterließ die den ganzen Sommer über andauernde Diskussion um die Öffnungszeiten des Freibads vielfach den Eindruck, als ob die Einrichtung seitens der Gemeindeführung ihren Stellenwert verloren hätte. In einem Ort wie Thurnau dürfe ein Freibad jedoch nicht Sparzwängen zum Opfer fallen, sondern müsse als „essentielle Investition für die Lebensqualität aller gegenwärtigen und zukünftigen Bürger des

Marktes gesehen werden“. Der bisherige Zuspruch zeige, dass das Bad angenommen wird. Weitere Einschnitte bei den Öffnungszeiten oder eine Erhöhung der Eintrittspreise ohne einen Zuwachs an Attraktivität verkrachte es allerdings nicht mehr. Aus diesem Grund sehe sich der Vorstand des Thurnauer SPD-Ortsvereins in der Pflicht, einen Antrag für vier Projekte zu stellen, die den Erhalt des Bades „auf Jahre sicher stellen und zur Attraktivierung nicht nur des Bades, sondern auch des Ortes beitragen werden“.

Den geringsten zeitlichen und finanziellen Aufwand bedürfte die Errichtung eines acht mal 16 Meter großen Beachvolleyballfelds außerhalb der bisherigen Liegewiese über den Bach hinweg in Richtung der Tennisplätze. So müsste keine Reduzierung des Ruhebereichs erfolgen, und Besucher auf der Liegewiese würden vom Spielbetrieb nicht gestört. Ferner fordert die SPD den Umbau und

den Anschluss des Kinderbeckens an die Umwälzanlage des großen Beckens. Die bisherige Situation sei schon vom hygienischen Aspekt her nicht mehr zeitgerecht. Eine Formveränderung des Beckens mit flachem Einstieg und gerundeten Umrissen wäre einfach durch Edelstahleinsätze zu realisieren. Auch sollte in dem Bereich eine einfache Umkleidemöglichkeit (Sichtschutz) errichtet werden.

Einen „Meilenstein“ für das Thurnauer Schwimmbad würde schließlich die künstliche Erwärmung des Wassers im Großbecken darstellen. Das Projekt der Beheizung des Bades sollte bis 2008 verwirklicht werden. Entsprechende Mittel sollte man in die Haushalte ab 2006 einstellen. Auch sollten die für das Bad vorgesehenen Mittel in Höhe von 25.000 Euro pro Jahr jetzt entsprechend verwendet werden.

(Fortsetzung auf Seite 25)

(Fortsetzung von Seite 24)

Gegen höhere Mehrwertsteuer

Die Frage, ob im Koalitionsvertrag für eine Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD eine Mehrwertsteuererhöhung festgelegt wird, rührt fundamental an der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie. In diesem Punkt war sich die Thurnauer SPD mit der Referentin Anette Kramme, einig. Sie erklärte, dass sie eine Mehrwertsteuer nach wie vor ablehnt, da dieser Schritt die aufkeimende Konjunktur und die Binnennachfrage abwürgen würde. „Allerdings kann ich mir auch nicht vorstellen, auf welche andere Weise die für den Bundeshaushalt zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien benötigten 35 Milliarden Euro hereinkommen sollen“, zeigte sie sich etwas ratlos. Hinsichtlich Reformen bei den Arbeitnehmerrechten wie dem Kündigungsschutz oder der Forderung nach Mindestlöhnen werde es wohl zu keiner Einigung kommen. „Stillstand bedeutet hier aber im Endeffekt Sicherung der Arbeitnehmer-

rechte“, so Anette Kramme. Auch in der Gesundheitspolitik wird es nach Einschätzung der Abgeordneten angesichts der konträren Vorstellungen über eine Bürgerversicherung oder eine Kopfpauschale wohl zu keiner Einigung kommen, was für das Gesundheitssystem „eine relative Katastrophe“ bedeute. Im Bereich der Außenpolitik bleibe dank der Übernahme des Außenministeriums durch die SPD die bisherige „Friedenspolitik“ erhalten. Hinsichtlich des politischen Abgangs von Edmund Stoiber in Berlin meinte Anette Kramme, dass der Landesvater in Bayern doch eigentlich „unten durch sein müsste, dass es nicht mehr ärger geht“. Der Abgang von Franz Müntefering von der SPD-Spitze und seine Umstände seien zwar bedauerlich, im Endeffekt habe die SPD mit ihrem designierten neuen Vorsitzenden Mathias Platzeck jetzt aber einen Generationswechsel vollzogen, der „der Partei letztlich gut tun wird“. Veit Pöhlmann, Vorsitzender der SPD-Frakturen im Kreistag und im Marktgemeinderat, betonte, dass die

Mehrwertsteuererhöhung „am Stammtisch als ganz heißes Thema diskutiert wird, mit dem die Glaubwürdigkeit der SPD steht und fällt“. Eine Erhöhung müsste schon von den Verantwortlichen überzeugend dargestellt und mit deutlichen Kompensationen in anderen Bereichen begründet werden. Pöhlmann kritisierte, dass immer – auch von Teilen der SPD – so getan werde, als wäre die Finanzlage des Staates die Ursache allen Übels. Durch die hierdurch bedingte und auch von den Sozialdemokraten nach 1998 betriebene falsche Politik boomte der Export, aber die Inlandsnachfrage lahmte. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland liege deutlich unter der in den USA, Japan oder Belgien. Es sei falsch, dass „Deutschland ein Armenhaus“ darstelle. Es müsse gesehen werden, dass auch die von der öffentlichen Hand bezahlten Zinsen und Tilgungen im volkswirtschaftlichen Kreislauf bleiben, da es sich im Wesentlichen um Inlandschulden handelt.

AGUS-Jubiläumsfeier und Gedenkgottesdienst

NK vom 14.11.05

Wenn zur Trauer die Scham hinzukommt

AGUS-Jubiläumsfeier und Gedenkgottesdienst für Suizidbetroffene in der Friedenskirche

Bayreuth. Der Tod eines nahe stehenden Menschen ist für die Angehörigen eine seelische Prüfung. Hat er sich selbst getötet, kann sie zum Trauma werden. Seit 15 Jahren steht der Verein AGUS – Angehörige um Suizid – den Hinterbliebenen von Suizidenten bei, zunächst als Selbsthilfegruppe, seit zehn Jahren als eingetragener Verein.

Zur Feierstunde am Samstagnachmittag kam die Gründerin von AGUS, Emmy Meixner-Wülker, in den Gemeindesaal der Friedenskirche und blickte in ihrem Festvortrag auf „Bewegendes aus der Gründerzeit“ zurück. Fast 12.000 Menschen töteten sich pro Jahr in der Bundesrepublik, Tendenz steigend. Gründe dafür gibt es so viele wie es Menschen gibt, die diesen letzten verzweifelten Schritt tun.

Diejenigen, die zurückbleiben – Ehepartner, Kinder, Verwandte, Freunde – sehen sich in dieser Zeit einer kaum erträglichen Doppelbelastung ausgesetzt. Denn anders als bei einem „natürlichen“ Tod gibt es hier oftmals keine Gemeinschaft, die die Trauernden auffängt. Im Gegenteil: Versteckte oder offen ausgesprochene Vorwürfe kommen zu eigenen Schuldgefühlen und dem Gefühl der Schande hinzu, führen in die seelische Isolation.

Selbsttötung, Suizid, ist immer noch ein Tabuthema in der christlichen mitteleuropäischen Gesellschaft. Allein die Tatsache, dass bei einem Suizid die Polizei ermittelt, um ein mögliches Verbrechen auszuschließen, empfinden viele als Stigmatisierung. Dass seit Ende des vergangenen Jahrhunderts ein Umdenken eingesetzt hat, ist dem Verein AGUS und vor allem seiner Gründerin Emmy Meixner-Wülker zu verdanken. Als sich ihr damaliger Mann, ein Facharzt, 1963 mit einer Luftinjektion selbst tötete und sie mit zwei kleinen Kindern zurück ließ, stand sie alleine da in einer Gesellschaft, die das Thema Suizid totschwiege oder verdamnte.

In der Kirche konnte sie damals keinen Trost finden. Der Pfarrer sagte bei der Beerdigung ihres Mannes: „Wer so etwas tut, den hat der Teufel am Kragen.“ Bis in die 80er-Jahre konnten Pfarrer die Beerdigung von Suizidenten sogar ablehnen. Emmy Meixner-Wülker suchte damals den Kontakt zu anderen Betroffenen und erlitt Schiffbruch, wie sie in ihrem Festvortrag erzählte. Erst 1989 gelang es ihr durch den Kontakt über eine psychosomatische Arbeitsgruppe eine Selbsthilfegruppe in Bayreuth aufzubauen.

(Fortsetzung auf Seite 26)

DER ROTE FADEN

(Fortsetzung von Seite 25)

Sie sollte die Keimzelle für ein Netzwerk werden, das mittlerweile 470 Vereinsmitglieder und Selbsthilfegruppen in 35 Städten in ganz Deutschland umfasst. Doch der Anfang war mühsam.

Den AGUS-Begriff hatte sie zusammen mit ihrer mittlerweile erwachsenen Tochter in einem einstündigen Telefongespräch entwickelt, mit der Hilfe ihres ebenfalls erwachsenen Sohnes ein Faltblatt mit dem einprägsamen Brückenmotiv erstellt. Die Resonanz blieb aber erst einmal aus. Sie musste den für sie schweren Schritt in die Öffentlichkeit tun und sich selbst als Betroffenen outen, erst dann kamen die ersten Kontakte zustande.

Heute sind es rund 3000 Kontakte, die AGUS zu Hinterbliebenen unterhält. Wie groß das Bedürfnis nach Gespräch und Hilfe für die Hinterbliebenen nach einem Suizid ist, lässt sich an dem öffentlichen Interesse ablesen, das der jungen Gruppe schon kurz nach ihrer Gründung entgegengebracht wurde. 80 Presseberichte, 20 Berichte im Hörfunk und 27 Fernsehsendungen haben sich seither mit der Arbeit von AGUS befasst. Möglich wurde dies durch das Engagement von Emmy Meixner-Wülker, aber auch durch den persönlichen Mut und die menschliche Größe von anderen Betroffenen, die sich

offen dazu bekannten, dass sich einer ihrer Familienangehörigen selbst getötet hat.

Einige von ihnen waren bei der Feierstunde am Samstag anwesend. Ihnen und den vielen anderen Unterstützern dankten nicht nur die Gründerin Emmy Meixner-Wülker, sondern auch die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, Bezirksrat Dr. Michael Hohl, Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel und Bürgermeister Thomas Ebersberger. Die Selbsthilfeorganisation AGUS ist ein „Exportschlager“ für Bayreuth geworden. Der Jahrestag am Samstag ist jedoch „ein Jubiläum, das einen nicht so richtig froh werden lässt“, sagte Dietel. Denn der Hintergrund sei Leid und Verzweiflung. Der Verein bewältigt seine gesellschaftlich wichtigen Aufgaben fast ausschließlich durch ehrenamtliche Kräfte. Aber trotzdem braucht er Geld, um seine Auslagen zu decken.

Die finanziellen Sorgen sind groß und entziehen den Verantwortlichen Kraft, die sie eigentlich an anderer Stelle benötigten. Die beiden Checks, die Landrat Dietel und Bürgermeister Ebersberger an diesem Tag als kleine Anerkennung überreichten, können da nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

Herbstessen des SPD-Ortsvereins Gefrees

NK vom 15. November 2005, Seite 25

Schon sechs Jahrzehnte bei der SPD

Elsa Esprester und weitere langjährige Mitglieder beim Herbstessen ausgezeichnet

Gefrees. Elsa Esprester ist seit 60 Jahren Mitglied der SPD. Gemeinsam mit acht weiteren Jubilaren wurde sie im Rahmen des Herbstessens des SPD-Ortsvereins Gefrees von Vorsitzendem Harald Schlegel und MdB Anette Kramme geehrt.

Schlegel blickte in seiner Laudatio in die Zeit zurück, in der Elsa Esprester der SPD beigetreten ist. Schwierige Zeiten lagen hinter ihr, als sie sich damals, gleich nach dem Zweiten Weltkrieg der Sozialdemokratie anschloss. Den Idealen der Freiheit, Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtend haben sie und die weiteren Geehrten – die vor 50, 40 und 25 Jahren der Partei beitraten – sich in ihrem Wirkungsbereich für diese Ziele eingesetzt. Schlegel bedankte sich für dieses Engagement und rief dazu auf, sich besonders heute an den Geehrten ein Beispiel zu nehmen. Er appellierte an die Mitglieder, trotz aller Kritik und Zweifel, weiterhin Solidarität zu zeigen, der SPD treu zu bleiben und als Parteimitglied mit zu diskutieren und mit zu bestimmen“.

Anette Kramme will diese konstruktiven Vorschläge und Kritikpunkte gerne aufgreifen und an „oberster Stelle“ einbringen.

In vielen persönlichen Gesprächen von Tisch zu Tisch wurden kleinere und größere Politikbereiche erörtert, und auch das private Gespräch kam nicht zu kurz. Nach dem Essen wurde von Schlegel und MdB Kramme ein weiteres SPD-Mitglied geehrt. Hans Weisheit wurde vor kurzen die kommunale Verdienstmedaille in Silber vom Regierungspräsidenten verliehen. Damit wurde sein kommunalpolitisches Engagement – seit 1956 ununterbrochen Stadtrat – gewürdigt.

Die Verdienste von Hans Weisheit in und für die Kommune als Stadtrat, Fraktionsvorsitzender, 2. Bürgermeister, Kreisrat, Standesbeamter und Funktionär in vielen Gefreesevereinen seien einmalig und gebühren der Hochachtung, hieß es. Folgende weitere SPD-Mitglieder wurden beim Herbstessen geehrt: 25 Jahre Babette Seibel, Jürgen Hirschmann, Günter Hoffmann 40 Jahre Emma Seibel, Oswald Dörfler, Robert Wagner, Peter Nitschke, 50 Jahre Ehrenurkunde für Hans Zapf.